



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

24.01.1931 (Nr. 4)

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der



Bremer Nationalsozialisten.

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Belzerstr. 12/13.
Fernsprecher Domsh. 20012. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0.92 R.-M. einschl. Postgeb.

Anzeigen: Die 10-gespaltene Millimeterzeile 0.12 R.-M. Tag
Nacht nach Tarif. Erklärungsdrücke können nicht gestellt
werden, wenn das Erscheinende irgendwie verhindert ist.

84

24. Januar

1931

1. Jahrg.

Otto Hörsing zum Gruß!

Am Sonntag, dem 25. Januar, wird Herr Otto Hörsing, erster Bundesvorsitzender des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ und eine der markantesten Führerpersönlichkeiten dieser Republik der freien Hansestadt Bremen einen Besuch abstatten. Wir begrüßen Herrn Otto Hörsing, M. d. R., in den Mauern unserer Stadt und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser prominenten Besuch in Bremen einen recht angenehmen und dauernden Eindruck hinterlassen möge. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, unseren Lesern eine Szene aus dem „Deutschen Reichstag“ wiederzugeben, die wir dem „Buch Hübner“ von Wölflin und Dr. Göttsche (Verlag Franz Eher Nachf., München) entnehmen und die uns geeignet erscheint, das Porträt unseres hohen Gastes wertvoll zu ergänzen.

Das ganze Haus wedet die Klingeln. In den Wandungen springen die Schlafenden auf. Durch Restaurant tönt in ewiger Gleichmäßigkeit der Ruf: „Ober zahlen!“ Und dann wirds still da drauß. Um so lustiger und ungenierter geht es derweil innen zu. Großer Tag im Hause, das angeblich „dem deutschen Volk“ geweiht ist. Die Tribünen sind überfüllt. In den Bänken des Halbrundes sitzen diesmal ausnahmsweise die Abgeordneten Kopf an Kopf. Ein Klingelzeichen, und dann ertönt der Präsident, seines Zeichens Sozialdemokrat, sein erster Sprecher das Wort.

Der vorderste Bank sitzt einer, dem ist nicht gut. Mit flinken, verglanten Augen fixiert er länger in die Tribüne, schnarcht, wachet wieder auf, fällt unvermittelt in den Schlaf. Der Präsident, der es ist doch sein fraktionstolles und eine in der neudeutschen Politik berührt, diese ganze Situation am liebsten mit

dem Mantel der Parteiliebe bedecken möchte. Aber der da unten ist anderer Meinung: Röchlich steht er auf — ganz unmotiviert — macht ein paar Schritte auf den Redner zu, ballt die Faust, lallt dann etwas, was er vermutlich selbst nicht versteht. Stares Staunen im Plenum und auf den Tribünen. Da erhebt sich Adolf Hoffmann und ruft in diese steinerne Stille hinein: „Herr Präsident, es ist ein Besoffener im Saal!“ Unter dem stürmischen Gelächter des ganzen Hauses wird der mit der roten Nase von hilfsreichen Dienern an die frische Luft geführt.

Name:

Otto Hörsing,
General der Republikgarde,
genannt Reichsbanner.

—r.



drückten nichts weiter übrig hat, als die Macht des Summknäpels.

Die nationalsozialistische Hakenkreuzfahne ist das Symbol, um das sich in aller Kürze alle, aber auch alle unterdrückten und gedrückten deutschen Menschen scharen werden. Unter dieser Fahne werden wir über Hörsings Verleumdungen und Hege hinweg zu Deutschlands Freiheit, zu wahrhaft sozialistischer Gerechtigkeit marschieren.

Ihr aber, die Ihr am Sonntag hinter schwarz-rot-goldenen Fahnen marschiert, Ihr demonstriert — im falschen Glauben, einer guten und gerechten Sache zu dienen — für die brutale Herrschaft des Geldes, und die Bamberger und Jacob Goldschmidt werden ihre helle Freude an Eurem Aufmarsch haben.

Grundsätzliches

Es gibt gar viele Zeitungen in dieser Stadt, Wochenschriften und Tageszeitungen. Und die einen dienen der Wirtschaft, wie sie sagen, und die anderen den Wünschen und Absichten einiger weniger Menschen und Parteien. Wieder andere leben vom Klatsch, von der Freude an Skandalen und vom Appell an die wenig schönen Instinkte im Menschen. Der brutalen Herrschaft des Geldes dienen jene, die von diesem System leben und von den Nutznießern unserer heutigen Not ausgehalten werden. Deren Seiten eine wohlgepflegte Plantage von Inseraten bilden und in deren Spalten kein Wort des Tadels oder auch nur der Kritik an den Herren und Schöpfern dieses Systems, an den rücksichtslosen Methoden gewisser Menschen und Institute sich findet, während ein grauenvolles Sterben der letzten gefunden Wirtschaftskräfte nach scheinbar unabänderlichem Gesetz sich vollzieht.

Im Hause des Geheften soll man bekanntlich nicht vom Stride reden und nun verstehen wir auch, warum in jenen Blättern geflüstert und ängstlich das Wort „Jude“ vermieden wird, obgleich es sich mittlerweile auch in Bremen herumgesprochen hat, daß die Aufrichtung jüdischer Warenhäuser und der Niedergang des deutschen Einzelhandels und Gewerbes zeitlich voneinander nicht zu trennen sind und wohl auch ursächlich miteinander zusammenhängen.

Über nicht nur die Wirtschaft unserer einst blühenden Stadt ist im Erliegen; auch gegen die Geister und Seelen der deutschen Menschen sind alle Gewalten der Hölle entfesselt. Der falsche Unglaube des Materialismus wuchert üppig in den Herzen und Hirnen, die Freiheit des Liberalismus bringt den Gottesfunken in Deiner Brust zum Verlöschen und die drohende Nacht des Marxismus, erfüllt von Blut und Not, dünkt Dir bereits ein Paradies, dem Du gläubig entgegenstrebst. Todtrunk bist Du bereits, deutscher Mensch, der Du Dich zufrieden gibst mit dem Treiben unserer Tage, dessen Auge Gefallen findet an dem äußerlichen, nichts würdigen Tand dieser verfaulenden Welt. Der Du mit amerikanischem Kitz von Kino und Journalle Dich willig füttern läßt und nicht aufbegehrt, wenn Neger-Jazz und morgenländisches Ringel-Rangel Dein Ohr beleidigen. Der Du kein Wort des Abseins findest gegenüber dem Streben hemmungsloser Geschäftsmacher, Dich selbst zum Modeaffen und die deutsche Frau zur widerwärtigen Puppe zu erniedrigen, der Du nicht Front machst, wenn Dein an sich gefundenes und wohlgegründetes Trachten nach körperlicher Erleichterung durch den Zeitungsschmuck zu einem widerlichen Sportfimmel verfälscht wird, der Dich zum Teil einer weichenlosen Reformmaschine machen und die übrigen, ungleich wichtigeren Kräfte Deines Geistes und Herzens verkommen lassen und verschütten soll.

All das, was Deine Zeitungen von gestern nicht waren und ihrer ganzen Weisheit nach nie sein werden, nämlich ernste Mahner und Helfer, treue Freunde und Führer, das soll die Bremer Nationalsozialistische Zeitung Dir in Zukunft sein. Und alles, was Dir bis gestern jene Gazetten gewesen sind, als falsche Freunde und trügerische Lehrer, als Verführer, die Dir den Blick verwirrten und hämisch lachten, wie Du ihrer schlechten Karolen auf verderblichen Wegen folgest, all das soll und wird die N.S.Z. Dir niemals sein.

Wir wissen, daß der Weg, den wir zu gehen haben, durch bittere Not und Opfer hindurführt. Wir sind uns dessen gewiß, daß heftige Enttäuschungen unserer warten und, so oft, wie bisher in unserem erbitterten Ringen, werden finanzielle Mängel unserem jungen Werke hindernd in den Weg treten. Und dennoch fragen wir als Nationalsozialisten die Gewißheit in unseren Herzen, daß unser Weg allen Widerständen zum Trotz nach oben, zu Deutschlands Freiheit führt und daß wir dereinst den Siegeslorbeer gewinnen werden,

Herrn Hörsing, was ist das?

dem 25. Januar, werdet Ihr durch marschieren und gläubigen Herzens, zu dienen, schwarz-rot-goldene Fahnen tragen. Ihr demonstriert für die Volk, sagt, daß Ihr bereit seid, für Eure Kräfte, ja selbst Euer Leben einzusetzen. Ihr demonstriert für die Volk, im Staat, am Vaterland ist edel und gut. Aber, wir fragen Euch, Reichsbannerleute, wofür demonstriert Ihr denn in Wahrheit, für wen kämpft Ihr, auf wessen Geheiß marschiert Ihr denn?

Für den Schutz der Republik, sagt Ihr? Wirklich, für diese Republik? Für die nichtsagende Form dieses Hungerplanes geht Ihr auf die Straße und seid bereit, die niederknien, die nicht länger frönen und hungern wollen? Nein, Freunde, die Form dieses Staates steht ja gar nicht zur Debatte. Uns ist eine laubere faule Monarchie. Darum geht es nicht. Es geht um Größeres, es geht um den Inhalt dieses Staates und da müssen wir Euch fragen: Was ist denn dieser Inhalt, denn der Inhalt dieser von Euch bet

von Wein? dieses Staates ist Schaberei und Unterwirtschaftlichkeit. Und nicht in leben wir, sondern in einer Tribut-fries dieses System von heute, denn es Glend und furchtbare Not über racht. Wir verabschieden ein System, und Begründen das Volk auf drei Geis durch feigen Verzicht und händische an die Weltmächte des Kapitalismus verure Kinder und Kindesfinder sollen 2000 als Tributsklaven frönen, und rt Ihr?

n hat in Locarno freimüßig der Abster deutscher Wirtschaftgebiete, die braucht, zugestimmt, dieses System hat Brüder und Schweigern der Willkür der Feinde Deutschlands ausgeliefert, ollt die Herrschaft dieses Systems mit ligen?

m hat mehr denn vier Millionen r Arbeitslosigkeit, zu bitterer Armut, rurtetst und Ihr stellt Euch kämpfend sie nun aufbegehren? Greift Euch Sorge ans Herz, daß weitere Millionen

zur grauen Armee dieser Verzweiften in Kürze stoßen werden, wenn dieses System noch länger bestehen bleibt? Hört Ihr denn nicht das dumpfe Klirren der Ketten, an denen die Opfer dieses Systems verzweifelt rütteln, die Ausgestoßenen und von Young zum Tode Verbannten?

Den Herren und Schöpfern dieses Systems graut vor dem Tag, an dem diese Verzweiften ihre Ketten brechen werden — und darum fördern sie Euch in hysterischer Angst zu, daß Ihr um Gotteswillen marschieren müßt, sonst sei es mit ihrer Herrschaft zu Ende.

Wir fragen Euch: Wer sind sie denn, diese Feldherren, die Euch nun mit den Fahnen dieser Republik auf die Straße treiben? Es sind dieselben Männer, die Jahre hindurch in Saas und Braus „regierten“ und kein Ohr und kein Herz hatten für die Klagerufe Eurer gepeinigten Mitmenschen. Nun rufen diese nicht mehr und sie bitten nicht mehr, sondern hallen drohend die Fäuste, denn sie wissen, daß alles Vamontieren vergeblich ist und daß den Herren Regieren von heute die Erfüllung der französischen Wahninnensforderungen und der warme Platz an der Futterkrippe des Staates näher liegt als die Not und das Schicksal des eigenen Volkes.

Am Sonntag marschiert Ihr auf vor Otto Hörsing, einem der Großen dieses Systems, der in gewohnter Weise auch hier in Bremen zum Bürgerkrieg heben wird. Welches Interesse hat denn wohl dieser Bürgerkriegs-Popanz daran, daß Ihr aufmarschiert und seine falsche Politik der letzten 12 Jahre verteidigt? Ihm graut vor der drohenden Abrechnung, die die Sequenzen mit den Urhebern ihrer Not in Kürze halten werden und darum treibt er Euch auf die Straße. Denn auch Otto Hörsing, der unlängst in Magdeburg davon sprach, daß der Youngplan unerfüllbar sei, hat noch vor 4 Jahren zusammen mit Seevering und Müller für die Annahme dieses Teufelsplanes in Deutschland Stimmung gemacht. Nun präsentiert das deutsche Volk die Quittung — und die Hörsing und Seevering haben abzutreten von der politischen Bühne, denn zu lange haben sie unser Vertrauen mißbraucht.

Erkennt endlich, daß es nur Sinn und Zweck hat, einen Staat zu schufen, der allen Volksgenossen Recht und Arbeit und Brot verbürgt und daß ein System verschwinden muß, welches es fertig gebracht hat, Millionen deutscher Menschen den kapitalistischen Bürgern ans Messer zu liefern. Hagt und verabschiedet mit uns ein System, das Millionen das primitivste Recht auf Arbeit und Brot geraubt hat und für die Unter-

M. R.

Aus Bremen Stadt und Staat.

Die Bremer Nachrichten.

bringen in ihrer Ausgabe vom Dienstag, dem 13. Januar, einen Leitartikel, überschrieben „Die Prinzessin auf der Erbse“, der sich mit der Empfindlichkeit des derzeitigen Reichsfinanzministers Dr. Dietrich und der Direkte des Reichsfiskus Brünning, mit den rhetorischen Scherzen des Herrn Palaten Raas und anderem mehr beschäftigt. Der gleichmaßen geistreiche, wie fühne Leitartikel der „Bremer Nachrichten“ nennt uns hier leider in ganz ungewohnter Weise seinen Namen nicht, aber wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß dieses Produkt volksparteilicher Sozialität und bürgerlich-wohlwärtiger Selbstgefälligkeit der vielgewandten Feder des Herrn Dr. Wolsard entfloßen ist.

Am sich interessiert es uns wenig, was die „Bremer Nachrichten“ ihren willigen Lesern über Herrn Brünning zu erzählen wissen oder wie sie über den Nationalsozialismus denken. Denn der deutsche Befreiungskampf wird ohne die gütige Mithilfe der „Bremer Nachrichten“ durchgeföhrt werden, die all die vergangenen Jahre hindurch dem fortschreitenden Niedergang Deutschlands rat- und tatlos gegenüber gestanden haben. Wir erinnern nur an die Propaganda für den Reichspräsidentenwahlkandidaten Marx, an die sture Verteidigung der Streikemannschaften, die Erfüllungspolitik, an die geschäftige, ja bisweilen niederträchtige Bekämpfung der N.S.D.A.P. noch vor der Reichstagswahl im September 1930.

Wenn der politische Sachverständige der „Bremer Nachrichten“ jedoch glaubt, an der Person und an dem Wirken unseres Berliner Gauführers Dr. Göbbels dahingehend Kritik üben zu dürfen, daß er ihn eine pathologische Erscheinung nennt und etwa von sich selbst behauptet, schon bevor Dr. Göbbels in die Arena des politischen Kampfes getreten war, für die Befreiung Deutschlands, gegen Verfall und gegen die Tribute „gekämpft“ zu haben, so fragen wir diesen Herrn, wann er, wie Dr. Göbbels unter Einfluß des eigenen Lebens tausendmal in rauchverfüllten Volksversammlungen in den Industriestädten des Ruhrgebietes und Sachsens, irgeleitet, verhetzt, Volksgegnossen das Evangelium der Freiheit verkündet hat. Wir fragen ihn ferner, wie viele Menschen er im Laufe der letzten 12 Jahre aus den Fängen des Marxismus befreit hat, wie oft er von politischen Gegnern und Nodibies niedergebrellt und auch niedergebrellt worden ist, ohne den mutigen Kampf für seine Weltanschauung aufzugeben.

Wenn Herr Dr. Wolsard uns hier Rede und Antwort steht, dann wollen wir ihm gerne ein Recht auf Kritik an unseren Führern zubilligen. Tut er das nicht und wir wissen, daß er es niemals kann, so hat Herr Dr. Wolsard sich sein Urteil selbst gesprochen.

Beisetzung des Semerichters Fahlbusch.

Am Dienstag, dem 20. Januar fand im Krematorium auf dem Hensberger Friedhof die Beisetzung des ehemaligen Semerichters, Feldwebel August Fahlbusch statt. Zur Trauerfeier war ein Teil der Bremer S.A. und eine Abordnung des Bremer Stahlhelms erschienen, die im Krematorium an beiden Seiten des Mannes Aufstellung genommen hatten.

Eine große Anzahl von Kränzen bedeckte den Sarg, neben dem S.A. und Stahlhelmkameraden mit ihren Fahnen die Ehrenmänner hielten. Pastor Vode gebachte das Dahingegangene als eines Menschen von unbedingter oder Bestimmung, der seine Tat damals aus tiefer Liebe zu seinem Vaterland vollführt hatte und dafür heute von den inneren Feinden Deutschlands mit Haß verfolgt und mit niedrigem Schmutz beworfen wurde. „Von der Parteien Günst und Haß verwirrt, schwand sein Charakterbild in der Geschichte“. Dies Wort unseres Klassikers lasse sich heute auf Aug. Fahlbusch, wie kaum auf einen anderen anwenden. Uns bleibt er wert als ein Mann, der zu jeder Zeit

Berliner Streiflichter.

In Berlin wurde am letzten Sonntag ein Reichsbannermann von einem Undersendenden erschossen. Dieser Undersendende ist nach Feststellung des „Angriff“ kein Mitglied der N.S.D.A.P. Trotzdem wurde der Fall dazu benutzt, eine wilde Rede gegen die „faschistische Mörderpartei“ zu entfehlen. Aus der Trauerfeier wurde trotz des Demonstrationsverbotes eine regelrechte Demonstration, an der — Herr Grzesinski, seines Zeichens Polizeipräsident von Berlin und Urheber des Demonstrationsverbotes, mit höheren Offizieren und einer offiziellen Mannschäftsabteilung der Schupo teilnahm. — Als vor einem Jahre unser Hork Weiskand beerdigt wurde, bestand kein Demonstrationsverbot. Damals durfte an der Feier trotzdem nur eine beschränkte Anzahl Menschen teilnehmen, wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit natürlich. Als Kommentar vergleiche man Artikel 109, Satz 1 der Weimarer Verfassung: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“

In Berlin-Friedenau wurde der „Angriff“-Straßenhändler von etwa 100 Reichsbannerleuten überfallen. Die Schupo nahm keine Reichsbannerleute fest, verbot dem Händler aber den Weiterverkauf der Zeitungen.

Augenblicklich tagt in Berlin ein Untersuchungsausschuß, der sich mit den Massenentlassungen beim Preussischen Statistischen Landesamt zu befassen hat. Aus den Zeugnisaussagen geht bereits jetzt hervor, daß Herr Cassau, Chef der Personalabteilung, vorher Redakteur beim Berliner Tageblatt, „die Mehrheitsverhältnisse der Angestellten ändern“ wollte. Das sind seine eigenen Worte, denen er die Tat hat folgen lassen. National eingestellte Angestellte wurden in Massen entlassen. — Diese Angestellten wissen, wie diese Ungerechtigkeiten nächsten führen wird. Sie warten auf den Tag, da Adolf Hitler für Wiederherstellung der Gerechtigkeit und Sauberkeit sorgen wird!

das Höchste für sein Vaterland zu wagen bereit war.

Nach der einbruchsollen Rede des Pastors wendete sich der Bremer Gauführer des Stahlhelms, Kapitän Hirsch mit Worten treuer Kameradschaft an die Toten, während der Ortsgruppenführer der N.S.D.A.P. Bremen, Thiele, ihm im Namen der Nationalsozialisten die letzten Heilgrüße mit ins Grab gab.

Berammlungserfolg in Begeß.

Am letzten Sonntag sprach vor überfüllter Berammlung der Nationalsozialist Fielisch, M. d. R., über das Thema: „Der Griff an die Gurgel des schaffenden Volkes“. Geru der Terrorparole des Reichsjämmerling Hörsting versuchten auch hier seine Anhänger, die Berammlungsbesucher zu Gefäßigen, indem sie die Zugänge dicht umstellten und sich die Namen der Besucher notierten. Als die S.A. hiergegen vorging und den Eingang mit Gewalt freimachte, nahm die kommunale Polizei dagegen Stellung und verhaftete einen der Nationalsozialisten. Dagegen konnte dieselbe Polizei es nicht verhindern, daß die Reichsbannerleute während der Berammlung die Reifen eines Autobusses zerschritten, mit dem auswärtige S.A. gekommen war.

Bg. Fielisch wandte sich in seinen Ausführungen scharf gegen den verdeckten Bürgerkrieg der Republik, schloß, um dann eine vernichtende Abrechnung mit der Hungerbittatur Brünings zu halten. An einigen Beispielen zeigte er die ganze Unfähigkeit der heutigen Auffassung von Staat und Wirtschaft, um demgegenüber ein klares Bild des kommenden dritten Reiches zu geben. Entgegen den internationalen Phrasen des Marxismus — der in Wirklichkeit nur ein Instrument der jüdischen Hochfinanz ist — will der Nationalsozialismus die Einheit aller Schaffenden unseres Volkes. Der Redner erklärte dann die Begriffe „Nationalismus“ und „Sozialismus“, die richtig verstanden, sich gegenseitig bedingen und zu der Synthese des Nationalsozialismus führen.

Zur Aussprache hatte sich niemand gemeldet und nach einem murrigen Schlupf wurde die Berammlung mit einem einmütig aufgenommenen Heil auf den Führer Adolf Hitler geschlossen.

Stahlhelm-Aufmarsch.

Am Sonntag, dem 18. Januar, vormittags, veranstaltete der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Gau Bremen, aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages einen Aufmarsch. Nach einer Ansprache und Kranzniederlegung durch den Gauführer Hirsch beim Kriegerdenkmal am Wall marschierten über 1500 Stahlhelmer unter den Klängen alter Militärmärsche nach dem Domschof. Beim Einmarsch fiel besonders angenehm die straffe Haltung der Wehrsportabteilung auf.

Nachdem Ordnungsoffizier Ulrichs in dankenswerter Weise für die Unterbringung der geladenen Gäste gesorgt hatte, schritt Landesverbandsführer Augener unter den Klängen des Präsentiermarsches die tiefgestaffelte Front der Stahlhelmguppen ab. Die sich anschließende, markante Ansprache des Landesverbandsführers Augener wurde durch Lautsprecher übertragen. Im Besonderen betonte Augener, daß wir heute nicht in tatenloser Trauer um Verlorenes verharren dürfen, sondern unsere ganze Kraft dafür einsetzen müssen, unser Vaterland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Hierzu sei der Wille zur Freiheit und zur Tat unerlässlich. Die deutsche Einheit könnte nur durch den Willen zur Wehrhaftigkeit geschaffen werden. Wir wollen keine friedfertige Untermütigkeit gegenüber dem brutalen Willen unserer Feinde. Wir brauchen Männer in den Parlamenten, die diese Forderungen durchsetzen. Alles für das Vaterland! Der Wehrgeandte wird endlich den Weg freimachen für ein besseres, größeres drittes Reich.

Drei Hurrah's auf das deutsche Vaterland beschlossen die einbruchsollen Kundgebung und Stahlhelmer sowie die umstehenden Tausende von Zu-

Das bürgerkriegslustige Reichsbanner.

Am Dienstag, dem 13. Januar, abends 10 Uhr, ging ein Schüler, der das Abzeichen des Nationalsozialistischen Schülerbundes trug, mit zwei Freunden von der Lindenhofstraße (Göbelwien) in Richtung Desebushausen. Die drei wurden von einem Reichsbannertrupp (in Uniform) überfallen, den sie aber unbeachtet ließen. Gegenüber dem Straßenbahnstopf stürzten plötzlich 10 bis 20 Reichsbannerleute hervor und schlugen mit ihren Knüttelschlägern auf die drei ein. Die Überfallenen erlitten verschiedene Gesichtsverletzungen. Erst ein älterer Mann, der sich nachher beschämt als Sozialdemokrat bekannte, brachte die Nodibies mit den Worten: „Das hätte ich von den Reichsbannerleuten doch nicht erwartet!“ zur Raison. Neben der kommune fällt jetzt auch das Reichsbanner über alles her, was nur einigermaßen nach Nationalsozialisten ausieht. Fürchtet es wohl, wie in diesem Falle, auch schon nationalsozialistische Schüler?

Am Freitag, dem 16. Januar, hielt die S. B. D. in Lesse eine Berammlung gegen die Nationalsozialisten ab. Als kurz vor Schluß der Berammlung die Brüder Sch., die nicht der N. S. D. A. P. angehören, den Saal verließen, wurden sie von ca. 15 Bremer Reichsbannerleuten, die den Saalschutz gestellt hatten, niedergebrellt. Beim Erscheinen des Postautos verdrückten sich indessen die Feldten. So wird man für diese Republik.

An weih geschrien!

In der Religionsstunde wird das Söhnchen eines Handelsmannes gefragt: „Warum war der Erzvater Jakob so betrübt, als er hörte, daß Josef von seinen Brüdern verkauft worden war?“

Morris: „Weil se ihm sam verkauft zu billig...“

schauern fangen das Deutschlandlied. Hier darf auch das tadellose Verhalten der Polizei nicht unerwähnt bleiben, welche sich ihrer schwierigen Aufgabe in vorbildlicher Weise entledigte.

Zum Tode

unseres Kameraden Feldwebel Fahlbusch.

Kerker . . .

Wo in den grauen Asphaltstädten Die Brüdern in den Kerker stehn, Da müssen wir, sie zu erretten, Betrachtend als Verschworne gehn.

Sie haben eine Tat begangen, Doch ihre böse Tat war gut. Ihr Herz fand ohne Furcht und Bangen Zu Weidem, Kampf und Kerker Mut.

Der rauhe Herbst war angebrochen, Da ward der freble Spruch gefällt. Sechs Jahre Zuchthaus, sieben Wochen, So hat man sie hineingestellt.

Der Herbst verging. Die grauen Tage Des Winters waren trüb und lang. Der Frühling, der die herbe Klage Vor allen Zuchthausgittern sang.

Die Sommertage schmil und drückend, Ein jeder Tag hat sie genarrt. Voll starrten Troges um sich blidend, So haben sie umsonst geharrt.

Wo in den grauen Zuchthausstätten Und in den Kerker Brüdern stehn, Da müssen wir, sie zu erretten, Betrachtend als Verschworne gehn . . .

Jan Hein.

N.S.D.A.P. Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postfachkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Bg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonntags von 10 bis 14 Uhr.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung.

Redaktion und Zeitungs geschäftsstelle befindet sich ab 1. Februar 1931 Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher ab 1. Februar: Domsheide 25878.

Nationalsozialistischer Schülerbund (N.S.S.), Gau Weser-Ems.

Deutsche Schüler, hinein in den Schülerbund! Kämpft mit, verbreitet unsere Idee!

Meldungen erbeten an den Gauleiter des N.S.S. Carl Jung, Bremen. Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12/13.

N.S.S. Wir suchen Kameraden, die bereit sind, dem Orchester des N.S.S. beizutreten. Wir suchen einen Cello-, Flöten-, Querflöten- und Geigenpieler. Anmeldungen erbeten an die Geschäftsstelle oder an den Organisationsleiter.



S.A. Ecke

Infolge der großen Erwerbslosigkeit, von der immer mehr S.A.-Kameraden betroffen werden, haben wir vor Wochen eine

S.A.-Küche

im Hause der Parteigeschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13 errichtet. Hier werden täglich drei Mahlzeiten an erwerbslose S.A.-Kameraden verabreicht, die sich mit ihrem Leben für den Sieg der Bewegung täglich einzusetzen bereit sind. Um dieses Hilfswerk durchzuführen und auszubauen, richten wir an alle die, die in der Tat die nationalsozialistische Not- und Brotgemeinschaft beweisen wollen, die dringende Bitte, uns laufend alle Arten von Lebensmitteln wie Brot, Butter, Eier, Fleisch, Wurst, Schmalz, Konserven, Hülsenfrüchte, Mehl, Zucker, sowie alle dem täglichen Genuß dienende Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um kräftige Unterstützung und um Benachrichtigung an das Stabs-Geschäftszimmer, Pelzerstraße 12/13, Anruf Domsheide 20012, damit wir das Weitere veranlassen können. Heil! Eta. II W.-G., Wegener.

Postkarten mit dem Porträt unseres illustren Sonntagsgastes (Siehe Bild auf der ersten Seite dieser Ausgabe) sind in der Buchhandlung der N. S. D. A. P. Pelzerstraße zu haben.

Wen geht es an?

Es geht schon lange im Volke die Meinung um, es würde von seinen nachkommenden Führern belogen und betrogen. Oder — das Republikanengesetz sei nur der Maulkorb fürs Volk, um in dessen Schutze umso ungehöriger weiter betrogen zu können. Wie gesagt, das hört man!

Wir wollen den Leuten, die es angeht, die Gelegenheit geben, sich von solchem Verdachte zu befreien und fragen daher:

- 1) Ist es wahr, daß Deutschland schon heute mehr an Werten bezahlt hat, als der ganze Krieg sämtlichen am Kriege beteiligten Nationen gekostet hat?
- 2) Warum durften dann führende Männer offen für Weiterzahlung auffordern?
- 3) Ist die Regierung gewillt, eine amtliche Aufstellung der auf Grund des Waffenstillstands- und Friedensvertrages erfüllten Verpflichtungen, in Goldmark umgerechnet, zu geben?

3) Will die Regierung anordnen, daß solche Aufstellungen an sämtlichen Kirchen, Schulen, öffentlichen Plätzen und Gebäude angeschlagen bleiben, bis der letzte Pfennig an Kriegsschulden bezahlt ist?

4) Ist die Regierung bereit, um nicht weiterhin als freiwilliger Helfer und Büttel unserer ehemaligen Feinde zu gelten, etwa folgende steuerpolitische Vorlage im Reichstag einzubringen:

Das jährliche Steuerbudget darf nur die Steuern enthalten, die notwendig wären, den Etat auszugleichen, wenn Deutschland keine Kriegsverpflichtungen hätte.

Letztere sind gesondert umzulegen und kenntlich zu machen, etwa folgendermaßen:

Auf jeder Lohnsteuer und Gehaltsquittung hat zu stehen:

Reichsteuer RM. 5.—
Tributabgabe RM. 4.—

zuf.: RM. 9.—

Auf jeder Eisenbahnfahrkarte:

Fahrpreis RM. 9.—
Tributabgabe RM. 6.—

zuf.: RM. 15.—

Ebenso ist jede indirekte Steuer zu Gunsten des Youngplans durch Anschlag kenntlich zu machen, damit die Hausfrau bei Einkauf von 1 Pfd. Zucker usw. weiß, daß auch sie hierfür 5 oder 8 Pfennig an unsere Ausbeuter zu zahlen hat.

Für den Zwang, unter dem die Regierung steht und erfüllen muß, hat das Volk volles Verständnis, aber es verlangt von ihr in erster Linie Wahrheit und Wahrnehmung der eigenen Volksinteressen.

Aber was hat schließlich unsere heutige Regierung mit dem Volk zu tun!

S. Marcard.

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Fiehe, R. d. R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Henke, Oldenburg. Fernsprecher 4134

kleine Anzeigen

Wohnung
Dieser Mann steht
stellenlosen Pa. zu
dem niedrigen Preis
von 50 Pfg. für 5
Zellen für Stellen
gesuche, Verfügung,
Erwerbslosen. Karte
M.D.B.P., Bremen,
gilt als Ausweis. Als
Ausdruck unseres
Willens zur tatkräf-
tigen Bekämpfung
der Erwerbslosigkeit
gemäß wir auf
Stellenangebote nach
Entscheidung der
Redaktion Nachsch.
laut Tarif. /

Wohnung
3 Zimmer u. Küche,
Zubeh., bis 60 Mk.
von Parteigenossen
gel. Gegenf. d. d.
Offert. unt. 6.17 an
die Geschäftsstelle der
M.D.B.P., Bremen,
Belgerstraße.

**Damen- u. Her-
renwäsche, Bett-
wäsche, Tisch-
zeug, Strümpfe,
u. Socken sowie
Unterzeug** kauf.
Sie in nur bes-
ten Qualitäten
zu niedrigen
Preisen bei
Parteigenossen
Hedwig Blume
Delmstrasse 79
Tel. Roland 2012

SA-Mann, arbeitsl.
sucht Arbeit gleich
welch. Art. Ang. unt.
5.14 a. d. Geschäfts-
stelle der M.D.B.P.,
Bremen, Belgerstr.

Jg. Chauffeur, Pg.
führer d. M.B., la.
Jungen, sucht sofort
Stellung. Angab. unt.
5.12 a. d. Geschäfts-
stelle der M.D.B.P.,
Bremen, Belgerstr.

Maler
Pg., verh., über-
nimmt Arbeit gegl.
Art. Offerten unter
5.13 a. d. Geschäfts-
stelle der M.D.B.P.,
Bremen, Belgerstr.

**Arbeitsloser SA-
Mann** sucht Arbeit
gleich welch. Art. An-
gebote unter 5.14
an die Geschäftsstelle
d. M.D.B.P., Bremen
Belgerstraße.

Kraft. Arbeiter, Pg.
sucht Beschäftigung
Ang. unt. 5.15 an die
Geschäftsstelle der
M.D.B.P., Bremen,
Belgerstraße.

Handls.- u. Geh.
sucht zum 1. Februar
ein gut möbl. Zimmer
in der St. Vorstadt.
Angebote unt. 5.10
an die Geschäftsstelle
d. M.D.B.P., Bremen,
Belgerstraße.

Paß-Bilder
schnell und billig.
Anfertigung aller
Fotoarbeiten.
Seckamp,
Abnildstraße 160.
(Ecke Dammstr.)

Die zinslose Tatbewegung!

Auskunft durch:
Bau- u. Wirtschaftgem.
e.G.m.b.H., Bremen, Martinstr. 12
und **Heilmann u. Co.**
Kommandit-Ges., Bremen
Hauptleitung des Ringes der
Bauwirte

Koffer-, Lederw.- Fachg.
Karl Budde
Sattlermeister
v. d. Steint. 26 Hansa 41715
Reparaturen
werden fachm. ausgeführt

Inventur-Ausverkauf!
Teppiche
10-30%
Teppich Johnssen
Osterstraße 34

In den alten Geschäftsräumen
Obernstraße 28, II
(Zuweg durch den Essighausgang)
soll das gesamte — nicht mit
übernommene — große u. wertvolle
Stofflager

der in andere Hände übergegangen
und an neuer Stelle wieder eröffneten
Firma
Heinr. A. Schmidt
schnell möglichst und zu niedrigen
Preisen geräumt werden. Außer-
gewöhnlich günstige Gelegenheit zum
Kauf allerbesten Stoffe jeder Art.

F. Wilh. Schmidt
(bish. Inh. d. Fa. Heinr. A. Schmidt)
Fernspr.: Domsheide 24030.

Vergiss nicht
Mitglied der
Gemeinnützigen
„Bürgerlichen Bestattungskasse“

Kurze Wallfahrt 9 (Ecke Molkenstr.) zu
werden. Diese sorgt für Dich und Deine
Familie für kostenlose, würdige Bestattung
im Todesfall. Beitrag monatlich 50 Pfg.
pro Familie.

Herren-Frisier-Salon
Marktstr. 20 und Petristraße
Erstkl. schnelle Bedienung
Solide Preise
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Parteigenossen
gegen Ausweis halbe Preise

Rud. Kaps Betriebe
am Hauptbahnhof

Regina
— das zeitgemäße Haus —
Täglich 8 Uhr
das grosse Abendprogramm
Jeden Mittwoch, Donnerstag
u. Sonntag
Nachmittags-Vorstellung

Alkazar (Tivoli)
Jeden Sonnabend u. Sonntag
Abendvorstellung

Grinzing
zum Heurigen
der grosse Stimmungsbetrieb

Echt Ammerländische Schinken
und Fleischwaren empfiehlt
Pg. Harbert A. Ulland
Bad Zwischenahn i. D.

ICH BIN KEIN JUDE!

Dies zur getälligen Kenntnis einer verehr-
lichen Kundschaft am Östertor!

Ich empfehle bei täglich frischer Zufuhr:

Seefische . . . in bester Qualität!
Räucherwaren u. Marinaden
eigener Herstellung!
Wild u. Geflügel
stets frische Schlachtung!
zu billigsten Tagespreisen.

Amandus Stein

Vor dem Steintor 63

Dienstag u. Freitag billige Fischtlage

**Schuh-
Reparatur!**
Färberei / Neu-
anfertigung
la. Handarbeit!
Solide Preise!
Bestes Material!
G. Schwen,
Schuhmachermst.
Hemmerstr. 46.
Eingang Dobben

Dr. med. Löffler-Schuhe

für empfindliche Füße
mit orthopädischer Ein-
lage für Damen und
Herren.

Alleinverkauf:

Schuhhaus
Wachendorf
Ostertorsteinweg 49 u. 46 b
Filiale: Hess-Schuhe
Obernstr. 22-24



1 Porlein Futter, 1 Ventilations-Bremschale,
1 Kork-Einlage, 1 Gummisohlen-
1 Leder- u. 1 Gummisohlen- u. 1 Doppel-
Leinwandsohle.

Fuhrgeheft
und Expedition.
Aug. Stofsdurff
Grenzstr. 208.
Tel. Rol. 10139.

**Herren-
Maß-Schneiderei**
Niedr. Preise Garantiert g. Sitz
Rud. Steinke
Vor dem Steintor 251

Buchstells für den
gewerbli. **Mittelfland**
Bruno Westermann
Am Dobben 110 Hansa 44227

Mobilmachung
Gegen
Wohnungsnot u.
Zinswucher!
Wir geben zinslos
Geld für Hypoth-
eken, Neubauten,
Siedlungen, Hansk.
Baufpar H.-G.
Bremen
Ansk.: Stadtkontor
Altenwall 4 F. D. 28800
Gesch.: 9-12 u. 16-20
Sonntags 9-14

Bewie
Fachgeschäft für
Damenputz
Pelzerstraße 4

Film- u. Foto-Atelier
„Apollo“
Bremen Häfen 90
Porträts
Vergrößerungen
Gruppen Aufnahmen
Heimaufnahmen
Paß-Bilder

Malerarbeiten
Dekoration
Reklame
Ewald Vietgen
Rheinstraße 7

Patent
Gebrauchsmuster- und
Warenzeich.-Anmeldg.
für In- u. Ausland durch
Patent-Ingenieur
Otto Fritsch, Klosterstr. 2-5 a. d. T.
Inseriert in der
Bremer nat.-w. Zeitung!
Otto Conradt
Großschlachtere und Fleischwarenfabrik
ff. Bockwurst sowie alle Fleisch-
und Wurstwaren zu den
billigsten Tagespreisen.
Falkenstr. 35a
Fennruf Roland 5693.

Inventur-Ausverkauf!
Gardinen
10-30%
Franz Johnssen
Osterstraße 34

Deutscher kaufe bei unsern Inserenten

24. Januar 1931

Aus Bremen und Umgebung

Zur gest. Beachtung!

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß die Zustellung der Zeitung im Monat Januar noch durch Voten erfolgt, ab 1. Februar jedoch nur noch durch die Post. Die auf unserer Geschäftsstelle direkt eingezahlten Beträge gelten für das Januar-Abonnement. Für Belieferung im Februar hat die Post bereits mit der Einziehung der Beträge begonnen. Sollten einige Bezahler mit der letzten Ausgabe unserer Zeitung versehenlich noch nicht beliefert worden sein, so bitten wir sie, dieses Versehen zu entschuldigen und sich auf der Geschäftsstelle, Pögersstr. 12/13, die fehlende Nummer abzuholen.

Überfall in Huchting.

Als am vergangenen Sonntag in Oldenburg Parteigenosse, der in Huchting beheimatet ist, zum Besuch seiner Eltern kommend, gegen 20 Uhr das Bahnhofsgebäude in Huchting mit dem Parteibeihegen auf dem Mantel verließ, trat ihm ein gewisser Herrmann Boumann, der in einem der Reichsbahn geborgenen Hause neben dem Bahnhof wohnt, entgegen und belästigte unseren P. G. Da dieses unmittelbar an der Tür geschah, trat unser P. G. in das Stationsgebäude zurück. Boumann kam ihm nach und wurde taktisch. Der nun folgenden Schlägerei sah, ohne einzugreifen, interessiert zu:

Der Fahrdienstleiter Lührs, der stellv. Fahrdienstleiter Saffi und der Stationsarbeiter Wader.

Erst nach Beendigung des Streites griff der Fahrdienstleiter Lührs ein und verwies nicht etwa den angreifenden Herrn Boumann, sondern unseren Parteigenossen, mit den Worten: „Schlägereien sind hier nicht erlaubt“. Als unser Parteigenosse dann zum zweiten Mal das Stationsgebäude verließ, gab der Herrmann Boumann ein Pfeissignal, woraus aus dem dunklen Gehölz vor dem Bahnhofsgebäude mehrere Komplizen desselben hervorkamen. Da es offensichtlich geworden war, daß unserem P. G. im Stationsgebäude kein Schutz gewährt wurde, blieb ihm angesichts der Übermacht nichts anderes übrig, als zu flüchten. Er erkannte unter den Wegelagerern noch einen gewissen K. Sägehorn, der gegenüber dem Restaurant „Niederfischen“ an der Kirchhuchtinger Landstraße wohnt.

Wir fragen die Reichsbahndirektion Oldenburg, was sie zu tun gedenkt, um allen Reisenden innerhalb der Bahnhofsgebäude die Sicherheit ihrer Person und ihres Lebens wirksam zu garantieren und legen ihr dringend nahe, insbesondere die Reichsbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter anzuhalten, unbeschadet verjährter politischer Einstellung ihren Dienst zu versehen.

Versammlung des Tannenbergbundes: Volksverrat der Freimaurerei.

Der Tannenbergbund hatte in Bremen für Freitag den 16. Januar, zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der der ehemalige Johannismeißer H. A. Schneider-Karlsruhe über den „Volksverrat der Freimaurerei“ sprechen sollte. Der vorgesehene Redner war krankheitsbedingt verhindert, doch brachte an seiner Stelle der bekannte Verlagsbuchhändler Bobbing interessante Einzelheiten, die durch sein aufgeklartes Pathos stark beeinträchtigt wurden. Ausgehend von der Einheit der gesamten Freimaurerei in der Welt ferngezeichnete er die Freimaurerei als Werkzeug des Judentums zur Errichtung der jüdischen Welt Herrschaft. Den starken jüdischen Einfluss zeigt uns am deutlichsten das rein jüdische Ritual, von dem auch eine kurze sjenische Probe gebracht wurde. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Referenten über freimaurerisch-jüdische Einflüsse auf die evangelische Geistlichkeit. Wenn wir hören, daß über 5000 Massejuden von evangelischen Kanzeln predigen, daß weiterhin ein großer Teil der Geistlichen freimaurerisch organisiert ist, verstehen wir es vielleicht besser, weshalb seinerzeit in der Frage der thüringischen Schulgebäude einige Vertreter der evangelischen Kirche der Meinung waren, daß der Kampf gegen Betrug und Verrat, der Kampf für die Freiheit

des Deutschen Volkes“ unehrlich sei! Der Vortragende wies weiter auf freimaurerische Einflüsse in der Politik der Vorkriegszeit, bei Entstehung des Krieges, während des Krieges und nach der Revolution hin, streifte auch kurz die Nachkriegszeit und sprach dann von der Einheitsfront der Freimaurerei, die von einem Teil der Deutschnationalen bis zu Scheidemann und dem kommunistischen Kollaps reicht. Eine Befreiung aus dem Joch der „überstaatlichen Mächte“ ist nach seiner Meinung nur möglich durch die „Wiedergeburt der Deutschen Seele“, der Führer in diesem Freiheitskampf heiße Ludendorff! Hierin war allerdings der größte Teil der Versammlungsbesucher nicht mit ihm einig, sondern gab in spontaner Kundgebung zu verstehen, daß dieser Führer Adolf Hitler heiße. Die zahlreich anwesenden Freimaurer nahmen die ihnen gegebene Gelegenheit zur Aussprache nicht wahr.

Wir Nationalsozialisten stehen der Freimaurerei klar ablehnend gegenüber, doch betrachten wir die histerische Gespensterjagd des Tannenbergbundes etwas skeptisch. Der Tannenbergbund hat es ja — unglücklich beeinflusst durch Ludendorffs zweite Frau, Mathilde von Krenitz — sogar fertig gebracht, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus als Störger der „überstaatlichen Mächte“ und als Schrittgeber des Bolschewismus zu bezeichnen! Auch wissen wir vor allem, daß die „Wiedergeburt der Deutschen Seele“ zur Befreiung der Erringung der politischen Macht hat und in diesem Kampf um die Macht lassen wir uns auch nicht von eigenfönnigen Mörglern und auch nicht durch die Launen einer Frau fñören!

Aus der Ortsgruppe Njhm.

Am 14. Januar veranstaltete die N. S. D. A. P. im Orte Njhm eine öffentliche Versammlung mit P. G. Reichstagsabgeordneten Hildebrandt aus Mecklenburg als Redner. Unser Parteigenosse führte u. a. aus, daß die Stunde gekommen sei, da man sich entscheiden müsse, ob zukünftig der Nationalsozialismus in Deutschland regieren solle oder der Bolschewismus. Die Zuhörer spendeten dem Redner reichlichen Beifall. 2 Neuaufnahmen in die Partei und 11 Bestellungen auf die Bremer Nationalsozialistische Zeitung waren der sichtbare Erfolg der Versammlung.

Aus dem Jahresbericht des D. S. B.

Von der Geschäftsstelle des D. S. B. Bremen werden wir um Veröffentlichung des nachstehenden Jahresberichtes gebeten.

Uns 379 590 Mitgliedern am Anfang des Jahres 1930 sind in den zwölf Monaten wachsender Wirtschaftskrisis 404.009 D. S. B. = Mitglieder geworden. 1930 war es schwerer zu werden als 1929. Die in ihren Einkommensverhältnissen geschwächten Unorganisierten waren nur in zäher und gebührender Aufklärungsarbeit von der Notwendigkeit gemeinschaftlicher Opferpflicht zu überzeugen. Dazu kam der im Laufe des Jahres durchgeführte Beschluß, der den Unorganisierten für die Dauer ihrer Stellenlosigkeit die Erwerbung der Mitgliedschaft versagt. Mit dieser Maßnahme will der D. S. B. zum Ausdruck bringen, daß er es für ungerecht hält, die durch solidarisches Pflichtaufsehung geschaffenen Mittel aus der Organisation in großen Notzeiten auf denen zu erschöpfen, die in guten Tagen „kein Interesse“ daran hatten. Das Verbleibende hat auch diesmal wieder der Bund der Kaufmannsjugend im D. S. B. seinen erfreulichen hohen Anteil. Er steigerte seinen Mitgliederbestand von 67.000 Lehrlingen auf rund 74.000, trotz bedeutender Überföhrung von Lehrlingen in die Liste der ordentlichen Mitglieder. Die Berufsstudentenliste der Kaufmannsjugend gewann aus dem Ergebnis der Mitgliederwerbung einen Reinzuwachs von fast 14.000 Stammverpflichteten. Sie erhöhte ihren Mitgliederbestand damit auf 261.000. Die in dieser Zahl nicht mit enthaltenen Familienverpflichtungen sind bis zum Schluß dieses Jahres auf rund 91.000 angewachsen. Von der Kraft des inneren Lebens der Bewegung gibt die weitere Verdichtung des Ortsgruppennetzes ausdröcklich Kunde. Am 1. Januar 1931 wurden 1956 Ortsgruppen gezählt; ihre Zahl hat sich im Laufe des Jahres 1930 um 115 neue Ortsgruppen vermehrt. Berücksichtigt geleitete Geschäftsstellen waren 190 vorhanden gegen 175 am Jahresbeginn.

Besondere Erwöhnung verdient in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Fortföhrung der Organisationsarbeit im Ausland. Neben der steten Eröartung im völlsdeutschen Ausland wöchst der Verband hündig an Zahl und Wirkung in allen Teilen der Welt, wo deutsche Kaufmannsarbeit geleistet wird. Allein im Jahre 1930 wurden 16 neue Auslandsortgruppen gegründet. Insgesamt bestehen heute 73 Auslandsortgruppen mit 5463 Mitgliedern. Dazu kommen noch 203 Ortsgruppen mit bald 30.000 Mitgliedern im völlsdeutschen Ausland. Berücksichtigt bestekte Geschäftsstellen werden im Ausland 26, darunter Paris, Madrid, Barcelona, Amsterdam, New-York, London, Buenos-Aires und Santiago de Chile, unterhalten. Trotz der Verschöchterung der Arbeitsmarktlage in der ganzen Welt, seit etwa Juni 1930, gelang es, 652 Arbeitsplöze im Ausland mit D. S. B. Mitgliedern zu besetzen. Davon entfallen auf die Arbeit der Auslandsgruppen allein 565.

Der auf dem Berufsstand lastende Druck ungünstiger Arbeitsmarktlage erwöhrte nicht allein die Gewinnung neuer Mitglieder; er beeinflusste auch das Ergebnis der Beitragseinnahmen in nachteiliger Wirkung. Durch die Steigerung der Zahl stellenloser Mitglieder und durch Kurzarbeit wuchs die Ziffer der er-

möglichten Verbandsbeiträge stark. Trotzdem wurden bei unveränderter Beitragsstaffel die Gesamteinnahmen um 860.000 RM. auf über 15.300.000 RM. gesteigert.

Es war, gewerkschaftlich und sozialpolitisch betrachtet, ein sehr mageres Jahr. Die Gewerkschaftsgegner bestritten den Gewerkschaften die Existenzberechtigung, ihr Ansehen wurde herabgesetzt und ihre Leistungsföhrigkeit mit Schlagworten betrickelt. Ja, man ging nicht selten so weit, die Gewerkschaften als das eigentliche Hindernis auf dem Wege zur Befreiung unserer Wirtschaft hinzustellen. Die Notzahlen der berufsständischen Selbsthilfe des D. S. B. machen alle Theorie der Gegner zunichte, sie beweisen den unerlöchlichen Wert ehrlicher Gemeinschaftsarbeit auf der Grundlage beruflicher Verbundenheit. Nach den vorläufigen Feststellungen der genauig belasteten Rechtsabteilung wurden den Mitgliedern ungeföhr drei Millionen RM. vorzuenthaltenen Gehälter und andere Geldbeträge erstirkt. 6400 Prozesse mit mehr als 13.000 Terminen, die auf Kosten des Verbandes wahrgenommen wurden, waren dazu nötig. Die Anzahl der schriftlichen und mündlichen Rechtsaufkünfte an Mitglieder des Verbandes hat sich gegenüber dem Vorjahre um 25.000 auf rund 150.000 erhöht. Das bedeutet, daß etwa jedes dritte Mitglied den Rechtsschutz schuz oder die Rechtsaufkunft des D. S. B. in Anspruch nehmen mußte.

Zu den vornehmsten Aufgaben der Selbsthilfe rechnet der Verband die Unterbringung der stellenlosen gewordenen Berufsangehörigen. Immer größer wurde ihre Zahl, immer geringer die der offenen Stellen und immer härter wurde die Vermittlungstätigkeit entwickelt. Ende 1929 gab es 15.984 Bewerber. Ende 1930 waren es 30.000, von denen 24.000 stellenlos waren. 21.520 Befragungsaufträge wurden hereingeholt und 12.225 Stellen konnten insgesamt durch die Verbandsstellenvermittlung besetzt werden. Das sind rund 900 weniger als im Jahre 1929. Am eindringlichsten spricht die Wirkung der Not, aber auch die Leistungsföhrigkeit des Verbandes aus der gewaltig angewachsenen Summe, die den stellenlosen Kollegen zugewendet wurde. Mehr als das Doppelte der Auszahlungen des Vorjahres war nötig. 1.600.000 RM. gegen noch nicht 800.000 RM. im Vorjahre. Die Linie der Entwicklung dieser Verbandsleistung zeigt, daß im letzten Monat des verfloffenen Jahres schon der dreifache Betrag der Januar-Rate zur Auszahlung zu bringen war. Noch ist nicht abzusehen, welche Anforderungen das Jahr 1931 gerade auf diesem Gebiete stellen wird. Nach dem Erfolge des Verbandes wird mit einer weiteren erheblichen Steigerung der Ausgaben gerechnet werden müssen. Der Verband hat seine finanzielle Mäßigkeit so geordnet, daß er auch im kommenden Jahr keine Zahlungspflicht unerfüllt lassen wird.

Die Zahl der Altersgeldempfönger hat sich weiter im Rahmen der sorgföhrig aufgestellten Leistungsberechnung gehalten. Ende 1930 erhielten 223 Mitglieder, mit der Vollendung ihres 65. Lebensjahres nach 25-jöhriger Mitgliedschaft das jöhr. Bedürfnigkeitsgeld zu zahlende Altersgeld. An diese Mitglieder erhielten den ihnen zukunftsgehörenden Alterszuschuß auf Stellenlosigkeit, weil sie nach Vollendung ihres 60 Lebensjahres stellenlos geworden waren. Zusammen

waren es also 507 alte Mitglieder, denen durch die Verbandstagsbeschlüsse des Jahres 1926 Altershilfe gewöhrt werden konnte. Die Hinterbliebenen von den verstorbenen Verbandsmitgliedern, die dem Verbands 10 Jahre angehört hatten, erhielten im Verlauf des Jahres 116882 RM. Hinterbliebenengeld aus Verbandsmitteln. Für die Sicherung der zukünftig erwachenden Verpflichtungen wurden die Midlagen in der gleichen Weise wie im vergangenen Jahre erhöht. Rund 1.700.000 RM. wurden beschlußgemäß zurüdgelegt. Fast 25 Millionen an Versicherungsleistungen für erkrankte und erholungsbedürftige Mitglieder sind das Jahresergebnis der Verpflichtungen unserer Berufskrankenkasse, die eine Beitragseinnahme von 29600000 RM. erreichte.

Der angebrochene Lebenswille des Standes der deutschen Kaufmannsjugend hat im verfloffenen Notjahr innerhalb des Verbandes zu einer Bildungsarbeit geföhrt, die in ihrer Völfegaltigkeit und in ihrer Teilnehmerzahl alle vergangenen Jahre weit überragt. Allein die beruflichen Lehrgänge brachten eine Steigerung um 30 v. H. Im Bund der Kaufmannsjugend wurde der Ausbau des benöhtigten Systems der Schichtfirmen planmäßig weitergeföhrt. 133 neue Schichtfirmen entstanden, 550 arbeiteten am Jahresabschluß. Für die praktische Arbeit auf dem Gebiete des umfangreichen Betriebes der Bildungsanstalten haben sich die Ortsgruppenheime des Verbandes in jeder Beziehung glönzend bewöhrt. Zu den 212 Ortsgruppenheimen, die am Anfang des Jahres 1930 vorhanden waren, sind 100 neue Heime gekommen, die am Jahresabschluß bezogen waren. In den größeren Ortsgruppen befinden sich die Heime des Verbandes zumeist mit den Geschäftsstellen zusammen in eigenen Häusern. Der Verband besatz am Ende des Jahres 65 eigene Grundstücke, davon wurden allein im verfloffenen Jahre 16 neu erworben. Abgesehen von den Kosten der Ausstattung von Ortsgruppenheimen, wogu die Mittel durch den Verbandstagsbeschluß von 1928 bereitgestellt waren, sind in dem gesamten Grundstücksbesitz des Verbandes keine Gelder aus dem Beitragsaufkommen der Mitglieder verbaut worden. Dennoch wurde in keinem Falle die Hilfe fremder Geldgeber benöhtigt. Die Abschlußzahlen der Verbandsunternehmungen zeigen auch jetzt wieder eine außerordentlich günstige Entwicklung, die, gemessen an der allgemeinen ökonomischen Wirtschaftslage, recht bemerkenswert erscheinen.

Der Deutsche Ring steigerte seinen Bestand an Lebensversicherungsnummern um rund 40 Millionen RM. auf 346 Millionen RM. Die Krankenversicherung des Deutschen Ringes gewann 30.000 neue Versicherte, die Allgemeine Versicherungsanstaltengemeinschaft des Deutschen Ringes erhöhte ihre Prämienentnahme um rund 700.000 RM. Die Gesamteinnahmen der im Deutschen Ring vereinten Unternehmungen beliefen sich 1930 schon auf 23 Millionen RM. Die Gewerkschaftskasse des Verbandes schließt mit einem Zuwachs von 11,5 Millionen Goldmark ab. Der Bestand von 49,5 Millionen Goldmark verteilt sich auf 69.000 Konten.

Der Verband zöht unter seinen Mitgliedern 18.000 Vorstandsmitglieder, 40.000 Betriebsvertrauensmänner und Föhrungsobleute, 6315 Mitglieder, die 1930 von ihren Geföhrtskollegen in die Betriebsräte gewöhlt wurden, und rund 1000 Mitglieder in Parlamenten und Gemeindevetreterungen. In vertrauensvollem Zusammenwirken mit dieser ehrenamtlich tätigen Föhrerschaft konnte die Verbandsleistung die Schwierigkeiten des Jahres 1930 meistern.

Die Kürzung der Beamtengehälter auch im Preuß. Staatsrat beschlossen.

Der Preuß. Staatsrat beschloß sich mit der Verordnung der Preuß. Staatsregierung über die Gehaltskürzung der Staats- und Gemeindebeamten entsprechend der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezbr. 1930. Der Berichterstatter Dr. Kaiser empfahl den Ausschußantrag, wonach der Staatsrat beschließen solle, die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären. Unser Pp. Sprenger, M. d. R., der als Vertreter im Staatsrat an diesem Tagungsabschnitt teilnimmt, gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß der Berichterstatter fordert, die Verordnung durch Kenntnisnahme anzunehmen. Die Vorordnung solle einen glatten Verfassungsbruch dar. § 48 der Verfassung fordere, daß es nur für Notfälle Anwendung finden solle. Auch in keinem Kommentar ist der Artikel 48 dahingehend ausgelegt worden, wie man ihn mit der Vorordnung hinzustellen versucht. Es ist ein glatter Verfassungsbruch gegen die wohlverordneten Rechte der Beamten, darüber hinaus nimmt man mit dieser Vorordnung jede Beförderungsfähigkeit. Wenn die Regierung den Beamten Vemter zu übernehmen verbietet, die sie auf verfassungsmäßiger Weise durch die Wahlen erhalten, so ist das auch Verfassungsbruch der Preussischen Staatsregierung.

Ueber den einzigen Nationalsozialisten im Preussischen Staatsrat fiele die andere Seite eine wilde Meute her, als er seine Ausführungen machte. Da man gegen die sachlichen Momente des Pp. Sprenger nichts Positives sagen konnte, versuchte man mit allgemeinen Verunglimpfungen einen abschwächenden Eindruck herbeizuführen, was jedoch nicht gelang, da Pp. Sprenger durch seine Entwürfe den Herren gehörig zusetzte. Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten bildeten die Einheitsfront. Die Beschimpfungen von dieser Seite rechnen wir uns als Ehre und Befähigung an, daß die Ausführungen geübt haben.

Die Vorlage wurde dann ohne weitere Aussprache gegen Nationalsozialisten und Kommunisten zur Kenntnis und dadurch angenommen.

Ohne Aussprache stimmte der Staatsrat einer neuen Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen zum Preussischen Befolgungsgezet vom 30. März 1928 zu.

Der 3. Punkt der Tagesordnung wurde abgelehnt. Der Staatsrat wird sich in der nächsten Sitzung mit den Polizeigesetzen befassen.

Die Großen erhalten Gelder, die Kleinen Kündigungen.

Kleine Anfrage des Abg. Kube, M. d. R. (NSDAP.). Wie mir mitgeteilt wird, hat die Rentenbank-Kreditanstalt, die zahllosen kleinen Bauern die Kredite gekündigt hat, am 16. Dezember aus politischen Gründen einem bekannten Wirtschaftsführer, dessen Namen zu nennen ich mir vorbehalte, Darlehen auf Wechsel in Höhe von 70 000 Reichsmark bis zum 15. März 1931 gegeben. Zum Dank dafür hat der Betreffende bereits in einer Versammlung in Zillikau die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei scharf angegriffen.

Ich frage das Staatsministerium: Willigt es die Vergebung eines Darlehens in Höhe von 70 000 RM. an einen einzelnen Großgrundbesitzer? Wenn ja, welche Gründe liegen vor, um gerade zahlreiche kleine Bauern der Provinzen Posen-Westpreußen und Brandenburg durch Kreditperre zum Erliegen zu bringen?

Der Meineid ist ein rückständiger Begriff.

„Faschistenblut muß in Strömen fließen . . .“

Kleine Anfrage des Abg. Kube (NSDAP.). In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten in nationalsozialistische Versammlungen eindringen und sie entweder tödlich oder schmerzhaft verletzen.

So drangen am 6. Januar in Berlin den Kommunisten unter Führung des Reichstagsabgeordneten Bohnenstengel aus Landsberg-Wehrthe sowie dortige und auswärtige Sozialdemokraten in eine nationalsozialistische Versammlung ein. Nur dem ruhigen Verhalten der Nationalsozialisten war es zu verdanken, daß es nicht zu schwerem Blutvergießen kam.

Die KPD-Aktions-Zentrale hat gemäß dem „Völkischen Beobachter“ vom 16. Juli 1930 folgendes vertrauliches Rundschreiben erlassen:

KPD-Aktions-Zentrale. Streng vertraulich! Betr. Kampf gegen die Faschisten.

Um alle Funktionäre.

Die Reaktionen und Faschisten sind mit allen Mitteln zu vernichten. Provokationen und Angriffe mit der Waffe sind überall einzuleiten. Unsere Genossen haben sich in die Reihen der Faschisten als Provokateure aufnehmen zu lassen: es ist mit allen Mitteln zu arbeiten, Faschistenblut muß in Strömen fließen.

Es weiter: Kopfschmerzen für jeden erledigten Faschisten und besonders hohe Preise für jeden Faschistenführer ausgesetzt. Unseren Genossen wird durch die amtlichen Stellen stillschweigend Schutz und Unterstützung zuteil. Zu Gerichtsverhandlungen gegen Faschisten sind verlässliche Zeugen aufzubringen, deren eidlische Aussagen die Faschisten in die Gefängnisse bringen. Es ist Pflicht unserer Genossen, unter Eid stets gegen die Faschisten auszusagen und die Genossen zu schützen. **Meineid hat für unsere Genossen ein rückständiger, unbekannter Begriff zu sein:** Aussagen vor Gericht müssen durch Genossenaussagen gedeckt werden: es muß in rücksichtsloser Weise vorgegangen werden; ein Zeuge unterstützt den anderen. Neben den Angriffen mit der Waffe und neben der Einleitung von Provokationen sind die eidlischen Aussagen unserer Genossen vor Gericht das wirksamste Kampfmittel gegen Reaktion und Faschisten.

Für die Aktionszentrale: (Unterschriften.)

Ich frage das Staatsministerium:

Ist es bereit, auf Grund dieser Tatsachen gegen die verantwortlichen Führer der kommunistischen Partei einzuschreiten?

Brandstiftung soll Arbeitslosigkeit hindern.

Adolf Götz, arbeitsloser Bürger der tschechischen Republik, war ein Altruist. Er meinte, wenn er schon selbst außerstande sei, eine lohnende Beschäftigung zu finden, so könnte er doch zumindest die allgemeine Arbeitslosigkeit seiner Heimat und insbesondere seiner Vaterstadt Böhmisch-Weipa lindern. Da ihm, dem unbemittelten Landstreicher, leider kein Geld für Stiftungen sozialer Art zur Verfügung stand, so beschränkte sich der sonderbare Menschenfreund auf — Brandstiftungen. Binnen vier Wochen steckte er nicht weniger als sechs und zwanzig Gebäude erfolgreich in Brand, daß die Bevölkerung in den meisten Fällen nichts mehr retten konnte. Götz hat sich förmlicherweise selbst der Behörde verraten; er meldete sich am Polizeirevier, bat um Nachtquartier, begann mit den anwesenden Beamten ein Gespräch, und kommentierte so auffällig die Brandfälle der letzten Zeit, daß man ihn verdächtig fand, und in ein Kreuzverhör nahm. Mehrere Monate Gefängnis dürften ihm jetzt seine „soziale Phromanie“ radikal austreiben.

Gefesselte Justiz

Politische Bilder aus Deutscher Gegenwart. Recht und Willkür im politischen Freistaat. Die bei den Marxisten großes Aufsehen erregende Schrift von Gottfr. Jarnow ist schon zum Preise von M. 2.60 erschienen.

Nationalsozialistischer Buch- und Zeitschriften-Vertrieb, Berlin. 12/13 (i. S. der Parteigeschäftsstelle).

Aus der Bücherkiste.

Das undurchsichtige Sowjetrußland! Vor dem Kriege konnte man durch ganz Europa fahren, ohne irgendwo einen Paß zu benötigen. Nur Rußland konnte man nur mit Schwierigkeiten betreten. Das Sowjetrußland schloß sich ab, wollte den Fremden nirgendwo Einlaß gewähren. Heute sieht Sowjetrußland alles als Feind an und läßt keinen seiner Staatsangehörigen über die Grenze und nur ganz Zuverlässige oder ganz Dumme nach Rußland herein. Daher auch die Unsicherheit bei der Beurteilung Rußlands, die Ungewißheit über die Zukunft der „Diktatur des Proletariats“ um die es z. B. im Werke Stalins geht. Im Januarheft des „Weltkampfes“ (Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder — Deutscher Volksverlag, Dr. Ernst Voepfle, München 2, B. 3. — Preis: vierteljährlich Mark 2.40, Einzelheft 80 Pfg. und Porto) behandelt Graf E. Reventlow in seinem Aufsatz „Die Gefahr im Osten“ das Problem Sowjetrußland. Gelingt der Fünfjahresplan, d. h. der „Uebergang aller Produktionsmittel in die Hand der Allgemeinheit“, oder bricht dieses auf die Spitze getriebene kommunistische Experiment zusammen, das ist die Frage. Der Verfasser fordert auf, an die Sache ganz kühl heranzugehen und sich ja keinen Selbsttäuschungen hinzugeben. Er führt aus, daß sehr vieles gegen das Gelingen spreche, daß aber andererseits kein Volk gerade in geistiger Hinsicht für kommunistische Wirtschaft so geeignet sei wie das russische. Gelingen der Fünfjahresplan, so bedeutet das bolschewistische Weltrevolution, der alle Völker zum Opfer fallen und die alte Kultur rücksichtslos vernichtet. Das einzig wirksame Gegengewicht sei in den bedrohten Ländern eine Revolutionierung der Geister in nationaler und sozialer Hinsicht, die den Marxismus roter und blutroter Färbung geistig überwinde. Ein nationalsozialistisches Deutschland ist jedenfalls nicht entfernt so gefährdet, wie ein marxistisch regiertes Deutschland und alle übrigen westeuropäischen Staaten, auf deren Throne das Weltkapital sitzt.

Rote Justiz!

Recht und Willkür im politischen Parteistaat.

Bilder aus neudeutscher Gegenwart!

Der Wunsch, furchtlos an die Ausbreitung des „Mattenkönigs“ heranzugehen, war stark gedämpft worden.

Das war, wie das Disziplinargericht in seinem Urteil offen ausspricht, das Werk des inzwischen zum Staatskommissar ernannten Dr. Weismann gewesen.

Der schon am 14. Mai zugestellte Eröffnungsbeschuß enthält nicht einmal die Anklagepunkte, zu denen sich Dr. Gutjahr zu äußern, gegen die er sich zu verteidigen hatte, er mußte dessen Bekanntgabe erst beantragen. Die meisten Anschuldigungen bildeten nicht einmal mehr Gegenstand des Verfahrens, denn der Vertreter der Anklage hatte sie „als unbegründet erachtet und insoweit die Anklage fallen lassen.“

Wenn die übrig gebliebenen Anschuldigungen aufgeschlüsselt werden, so geschieht dies zum Beweise, weswegen Staatsanwälte in unseren Zeitläuften Verfolgungen zu gewärtigen haben, während Uebeltäter von den Graden der Gebrüder Ellarz sich höchstnützenden Besitzes erfreuen dürfen.

Dieses sind die Anschuldigungen, die Dr. Gutjahr in Konflikt mit der Ellarz-Dynastie und dadurch mit der Obrigkeit brachte:

1. Mitteilungen von Ermittlungen an die Presse.
2. Mitteilungen an Privatpersonen.
3. Herabsetzende Äußerungen über das neue Regime.

Die am 27. Februar 1920 von dem Disziplinargeschäft für die nichtrichtigen Beamten in Berlin verhandelte „Disziplinäruntersuchungssache“ endete mit der Freisprechung des Staatsanwalts Dr. Gutjahr aus Kosten der Staatskasse.

Die umfangreiche schriftliche Begründung des Urteils wirkt am Schluß ein grelles Licht auf die bereits zwei Jahre nach der Revolution verfallenen Begriffe von Gesetz und Recht, und daher werden die folgenden Sätze eine immerwährende Bedeutung behalten:

„Für die Erklärungen Gutjahrs, daß es nicht an Mangelnden gefehlt habe und daß versucht worden sei, in den ordnungsmäßigen Gang der Rechtspflege einzugreifen, fehlt es nicht an tatsächlichen Unterlagen. Wie durch die Zeugenaussage des Kommerzienrats Wieseng bestätigt wird, hat dieser dem Angeklagten Gutjahr einen gutbezahlten Direktorenposten (30 000 Mark Gehalt und 150 000 Mark garantierte Rente für 5 Jahre) angeboten. Wie es sich im einzelnen mit diesem Angebot verhalten hat, ob, wie der Angeklagte vermutet, Scheidemann und Ellarz hinter diesem Angebot stecken, ist nicht hinreichend aufgeklärt und kann dahingestellt bleiben; jedenfalls ist den Angaben des Angeklagten Glauben zu schenken, daß er den Eindruck gehabt hat, daß ihm dieses Angebot gemacht worden ist, um ihn zur Einstellung des Verfahrens gegen Ellarz zu veranlassen.“

Der Angeklagte behauptet unter Nennung einer Reihe von Zeugen, daß der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Weismann, verschiedene Versuche gemacht hat, um ihn im Interesse von Scheidemann und Ellarz oder der Sozialdemokratischen Partei zu beeinflussen. Er habe einmal im Januar 1920 zu ihm gesagt:

„Lieber Gutjahr, was meinen Sie, wenn ich dem Ellarz sagen würde, geben Sie dem Gutjahr 3 Millionen Mark, dann fällt er sämtliche Protokolle so, daß nichts herauskommt!“

Sodann habe er in seiner Eigenschaft als Staatskommissar im April 1920 dahin gedrängt, daß das Verfahren gegen Ellarz baldigst erledigt werde, sonst stände eine Beschneidung in Aussicht. Eine Erledigung in der verlangten kurzen Zeit sei gleichbedeutend mit der Einstellung des Verfahrens gewesen; Weismann habe auch mit einer Einstellung gerechnet. Der An-

geschuldigte ist der Meinung, daß die verschiedenen Äußerungen Weismanns strafbare Handlungen darstellten, denen gegenüber er sich im Zustand der Notwehr befunden habe. Da auf seinen hierüber dem Justizministerium erstatteten Bericht nichts veranlaßt sei, habe er sich genugsam gesehen, sich selbst zu wehren. Es ist nicht Aufgabe des Disziplinargeschäfts, über die gegen den Kommerzienrat Wieseng und den Staatskommissar Weismann erhobenen Vorwürfe zu entscheiden. Der Disziplinargeschäft sieht als erwiesen an, daß der Angeklagte davon überzeugt gewesen ist, daß in der von ihm geschiedenen Weise eine unzulässige Einwirkung auf ihn versucht wurde.“

Diese Begründung enthält eine schwere Anklage gegen den Justizminister, der den Untergebenen fallen läßt, um Unbequemlichkeiten mit den Parteien, die ihm selbst stützen, aus dem Wege zu gehen: die Furcht der parlamentarischen Minister vor den Parteigäßen.

Die Verleugnung des Untergebenen, des in seiner richterlichen Ehre und Unabdingbarkeit bedrohten Beamten, haben in späteren Jahren auch Dr. Caphary und die Magdeburger Richter erfahren müssen. Ja, es ist Regel geworden, in politischen Prozessen unheimlich geordnete öffentliche Anklagen dadurch taft zu stellen, daß sie selbst in ein gegen sie gerichtetes Verfahren verwickelt wurden. Und Regel wurde dadurch der Eingriff in schwebende Verfahren, die Unterordnung der richterlichen Tätigkeit unter die Staatsräson.

Dr. Gutjahr durfte die Untersuchung gegen die Gebrüder Ellarz fortführen, er brachte sie zum Abschluß, am 3. Mai 1921 unterzeichnete der Generalstaatsanwalt Lindow die Anklageschrift. (M. 671 3064.19 — zur Anklageerhebung durch die Strafkammer.)

Der Staatsanwalt, der sich erfolgreich gegen einen

Die vertrauenslos regieren!

Von Erich Berger.

In Berlin sitzt eine Reichsregierung, die kein Vertrauen besitzt. Sie wird von der überwiegenden Mehrzahl der Parteien abgelehnt und wenn man schon die Grundzüge der Demokratie zur Staatsweisheit allgemeingültiger Art erhebt, dann muß man auf der anderen Seite auch den Willen zur Konsequenz haben. Die Regierung als Gesamtheit wird von den Parteien abgelehnt, die Minister als einzelne Männer sind nicht minder stark einer der nur sehr gerechten und berechtigten Kritik ausgesetzt und es gehört schon die Duldung jener nachdenklichen Regierungstypen dazu, um auf einem Platz zu bleiben, der ihnen schon lange nicht mehr gehört.

Nach im Oktober lehnte sich eine kräftige Mehrheit gegen die verschiedenen Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning auf und unterließ damit die Stellung dieser Regierung und ihr Ansehen. Aber schon am 6. Dezember 1930, wenige Wochen später verging den „Unterführern“ zu ihrem Handwerk die Luft. Von 80 traten nicht ganz 40 für die Regierung ein. Und mit dem Schmelzen derer, die glauben, Brüning Vertrauen entgegenbringen zu können, wuchs der Widerstand gegen die einzelnen Minister. Der Mann des halben Entschlusses und ganzen Veragens, Dr. Brüder, marschiert — oder schwankte er etwa? — aus der Regierung ab. Seither ist das Justizministerium verwaist. Dr. Curtius drückte sich in einer kaum glaublichen Art um eine Debatte über die Außenpolitik herum, weil er sich schuldbeissen fühlt wie kaum bisher ein Außenminister. Der Herr von Guérard hat zwar das Verkehrsministerium inne, aber es ist beiläufig zu sehen, wie selbst das Zentrum diesem Mann das Vertrauen versagt, denn man hat ihm am 14. September kein Mandat mehr gegeben. Daher die Groteske: ein parlamentarischer Minister ohne parlamentarische Stimme! Das dürfte selbst in dieser merkwürdigen Republik ein seltener Fall sein. Schließlich der „Knappe Trevisanus“. Er hat gegenwärtig die schärfsten Angriffe durchzufahren von seinen ehemaligen Fraktionskollegen und ist im übrigen nur „gebildet“ im Kabinett, ohne jeden Einfluß.

Und zuletzt bleiben dann noch übrig: Dr. Wirth und Brüning! Die Stellung des Herrn Wirth ist erschüttert durch seinen Konflikt mit Thüringen und der Kampf gegen ihn beginnt auf immer breiterer Basis aufzubauen. Heute sind selbst Kreise für das Ausscheiden des Herrn Wirth aus der Regierung, die man gestern noch in der Nähe seiner Verteidiger sah. Die letzten Anträge der NSDAP, die sich gegen den Herrn Brüning in so präzipitierter Art wenden, daß im Lager der Herren Republikaner das wilde Entsetzen ausbrach über die möglichen Konsequenzen.

Die Stellung der Regierung Brüning ist erschüttert. Sie ist in Wahrheit schon lange keine Regierung mehr im eigentlichen Sinne, sondern fristet das Dasein eines Kumpfbürokrats und schon zirkuliert das Gerücht, daß man dieses Kumpfbürokrat weiter abböckeln lasse, falls

der massive Angriff der Gegner von Erfolg gekrönt sein wird und am Ende dieser Entwicklung denkt man sich die Existenz eines Direktoriums, das — wenn es sein muß — sich diktatorische Vollmachten einräumt und den Endpunkt aufnimmt. Daß man sich in Regierungskreisen vor diesem Endpunkt selber ein wenig fürchtet, geht aus den pessimistischen, unsicheren und geradezu ängstlichen „Neujahrsbotschaften“ hervor, die die Herren Nobembermänner aller Couleur veröffentlichten. Man fürchtet „schwere Erschütterungen“, „unruhige Zeiten“ und viele andere „Schwierigkeiten“.

Nicht ohne Grund. Denn man ließ die Jahre über die Dinge einfach treiben und laufen, so wie sie eben wollten. Nun ist eine starke Opposition aufgestanden, die schon längst viel stärker geworden ist, als es nach außen hin erscheint. Der alte Reichstag ist

überholt und unsere stete Forderung im neuen Jahr wird sein: Löst den frisch gewählten, schon wieder überalterten Reichstag auf, damit die Vertrauensfrage gegenüber der Reichsregierung neu gelöst werden kann. Eine Regierung ist unmöglich, wenn sich hinter sie nicht eine stabile Mehrheit stellt. So will es eure Verfassung, bitte befolgt sie! Und die, die diese Verfassung dauernd gebrochen haben, sollen — auch wenn es sich um Minister handelt — bestraft werden, so wie man Nationalsozialisten bestrafen würde, wenn sie genau so handeln würden.

Die vertrauenslos regieren, haben ihren guten Grund dazu. Es geht jetzt um alles, steht daher mit Glanz an allen Ecken, denn morgen vererbt ihr alle hinweggeschwemmt, auch wenn ihr mit dem ewigen Leben gerechnet habt!

Eine Geheimverfügung des Reichswehrministers über die NSDAP.

NSDAP. Der bekannte günstige Wind weht uns heute auf unseren Redaktionsstisch folgenden Erlaß, den wir vorläufig ohne Kommentar veröffentlichen: Der Reichswehrminister. Berlin, 2. Jan. 1931. Nr. 639. 30. g. W. Ia.

Geheim!

Bezug: Der Nr. Minister Nr. 4605. 29.

W. Ia vom 16. 7. 1930.

Die Reichsregierung wird zu der Frage, ob die NSDAP als verfassungswidrig anzusehen ist, erst nach der Durchführung mehrerer vom Reichsgericht in dieser Frage schwebenden Prozesse endgültige Entscheidung treffen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Arbeitnehmer, die der NSDAP angehören, wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Partei nicht mehr aus Wehrmachtsbetrieben zu entlassen.

J. M. gez. v. Schleicher.

Am selben Tage, an dem dieser Geheimverlaß herausging, reichte die nationalsozialistische Reichstagsfraktion den nachfolgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichswehrminister Groener wird gemäß Artikel 59 der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angeklagt, schuldhafterweise die Reichsverfassung dadurch verletzt zu haben, daß er entgegen den Artikeln 118, 124, 130, 159 der Reichsverfassung im Jahre 1929 einen Erlaß herausgegeben hat, wonach alle in Reichswehrbetrieben (Heeres- und Marinewerkstätten) tätigen Arbeiter und Angestellten, die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehören, zu entlassen sind. Die Verfassungswidrigkeit des Erlasses wurde in einem Urteil des Arbeitsgerichts Wilhelmshaven vom Anfang Dezember 1930 festgestellt.

August der Einfältige.

Dieser große Arbeiterführer wurde kürzlich als ganz besonders schwere Kanone auf die ahnungslosen Bahnen der SPD-Anhänger losgelassen.

Er verapfachte hier dieselben Sprüche und dieselben hohlen Worten, die er tagtäglich der Thüringer Landtag zu hören bekommt.

So erzählte er den Wahrgänger „Glaubigen“, daß ein Arbeiter heute 32 mal so viel leistet aufgrund des technischen Fortschrittes als der Arbeiter von 1870. Daher käme das ganze Arbeitslosenelend, und er setzte den schlauen Satz hinzu: „Das sagen Euch die Nazi nicht!“

Nun, die Nazi sagen dazu noch folgendes:

Wenn das mit der 32fachen Arbeitsleistung des Arbeiters von 1931 stimmt, dann muß doch auch derselbe Arbeiter 32 mal so wohlhabend sein als sein Kollege von früher! Daß dem nicht so ist, lieber August von Thüringen, dürften wohl die Späßen von den Dählern pfeifen, und warum? Das verschwiegen nun der weise August, weil der deutsche Arbeiter der Arbeitsflaute der ganzen Welt ist.

August der Einfältige, der in jedem Ort nur einmal sprechen kann, weil er bloß über eine einzige Rede verfügt, die er auswendig gelernt hat, gehört trotz seiner Geistesarmut zu den gutbezahlten Bonzen der SPD.

August Fröhlich war nämlich 1918 einen Tag Staatsrat von Thüringen und bezieht eine Pension von 17 000 Mark jährlich.

Dieser eine Tag kam so dem Thüringer Volk teuer zu stehen. Außerdem bezieht der arme Proletarier noch 9000 Mark Reichstags- und 6000 Mark Landtagsdiäten, macht zusammen die Kleinigkeit von 32 000 Mark.

Damit dürfte August der Einfältige sein Dasein in Schönheit und Würde leben können.

Anmerkung: Früher war dieser „August“ im Thüringer Landtag als „August der Einfältige“ bekannt.

Nun kam der thüringische SS-Sturmtruppführer Henneke in den Landtag und bezeichnete in einem heftigen Zwischenruf den seine Rede abspaltenden thüringischen Staatsrat a. D. als

„August den Einfältigen“.

Darauf verlangte August vom Präsidenten, daß Henneke zur Ordnung gerufen würde. Der Präsident, dem der Sachverhalt entgangen war, forderte August zur Begründung der Beschwerde auf, worauf August prompt erwiderte: „Henneke hat mich August den Einfältigen genannt.“

Homertisches Gelächter des ganzen Hauses und schamhaftes Erröten des Neugetauften, der ahnungslos in die Falle der Nazi gegangen war.

In Severings Königreich!

Nationalsozialistischer Stadtverordneten-Vorsitzer in Bielefeld.

Bielefeld. Nachdem am 30. November die NSDAP bei den Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung, die infolge Eingemeindung stattfinden mußte, 12 Sitze statt bisher 2 errang, konnte sie bei der am 30. Dezember stattgefundenen Stadtverordneten-Vorherwahl den P. g. Irrgang mit 25 gegen 22 Stimmen durchbringen. Damit ist Bielefeld die erste preussische Großstadt, die einen nationalsozialistischen Stadtverordnetenvorsitzer hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als Bielefeld bekanntlich die Residenzstadt des ungeliebten preussischen Königs Karl Eberling ist.

Bei der gleichzeitig stattgefundenen Magistratswahl wurden drei Nationalsozialisten zu Mitgliedern des Magistrats gewählt.

In Bielefeld ist nunmehr also ein nationalsozialistisches Machtzentrum besonderer Art erwachsen, das sich um so segensreicher auswirken wird, als auch diese Stadt, dank jahrelanger sozialdemokratischer Mißwirtschaft, unter staatlicher Zwangsverwaltung steht.

Thüringen und Preußen nehmen gemahregte Schüler auf; in dem ersten Falle sind es preussische Schüler, die wegen nationalsozialistischer Gesinnung und Betätigung von preussischen Schulen relegiert sind, in dem zweiten Fall ist es der entlassene thüringische Polizeihauptmann Schüler, der in dem Streit zwischen Fried und Severing eine „Rolle spielte“. Er ist ebenso wie der Kasseler Polizeikommandant, Oberstleutnant Schulz, der Berliner Polizei eingegliedert. Hoffentlich fühlen sich beide Herren unter dem Scepter des ehemaligen Ministers des Innern, Herrn Grzesinski, recht wohl. Ob es lange dauert?

Träume sind nicht Taten,
ohne Arbeit wird Dir nichts geraten.

(Mündt.)

Nationalsozialisten, leht und werbt ständig für Euer Kampfblatt.

Befestigungsversuch gewehrt hatte, wurde, weil am ungeeigneten Platz, als Hilfsarbeiter dem Reichsgericht überwiesen.

Was aber gewonnen dadurch die Scharzbrüder? Der Justizminister nahm die Anlagenschrift an sich, schickte sie dem Kollegen des Herrn Lindow am Kammergericht, dem Generalsstaatsanwalt Hofbe, zur nachmaligen Überprüfung, ob sie auch „auf genügenden Füßen“ steht.

Nein, sie stand nicht auf genügenden Füßen! Der mit der Überprüfung betraute Staatsanwalt Dr. Burghardi stellte es fest.

Das Verfahren gegen die Mitglieder der Dynastie Scharz wurde eingestellt, sie brauchten, zu ihrem eigenen Schutz, nicht vor dem Strafrichter gegen ihre Wegbereiter auszuspannen.

„Wohltäter des Vaterlandes“ lobten die Scharze ihre hochamtlichen Beschützer, „Gemeiner Saujud! Erzschieber und Schweinehund!“ So hat der Staatsmann Scheidemann nach der unüberprüften geliebten Behauptung S. Upclairs im „Mattenkönig“ Georg Scharz bezeichnet.

„Könige der Diebe“ hießen die Mitglieder der republikanischen Dynastie in Kreisen der Vertrauten.

Dr. Weismann wurde Staatssekretäre beim preussischen Ministerpräsidenten.

Der Staatsanwalt Dr. Burghardi ging später als Landgerichtsdirektor nach Magdeburg und ist im Oktober nach Berlin zurückgekehrt worden als — politischer Oberstaatsanwalt.

Am 31. August 1925 richteten inmitten der Kämpfe für und gegen die Mitglieder der Dynastie Barmat zwei rechtsstehende Politiker einen offenen Brief an den Justizminister Dr. Am Jahnhoff, in dem u. a. die Scharz-Affäre gestreift und Aufklärung oder Beilegungsfälle verlangt wurde:

„In dem Scharz-Verfahren sind zwei hervorragende sozialdemokratische Parteiführer und der schwerbeschädigte Scharz selbst zu längerer Verurteilung im preussischen Justizministerium gewesen. Kurze Zeit darauf ist die von dem

Staatsanwaltschaftsrat Gutjahr angefertigte, dem Gericht bereits eingereichte Anlage auf Veranlassung des Justizministeriums zurückgezogen worden. Gründe der Staatsinteressen haben dabei keine Rolle gespielt, es sei denn, daß die Interessen eines Schwerbeschädigten im Justizministerium als Staatsinteressen angesehen werden.“

Der Justizminister hat weder eine Aufklärung gegeben, noch eine Klage wegen Beleidigung angestrengt — er hat geschwiegen.

Nach zwei weiteren Jahren standen die gestürzten Barmat-Staatsanwälte vor ihren Disziplinarrichtern, der eine klagte:

„Wir beantragen im Hinblick auf den Fall Gutjahr-Scharz die schnelle gerichtliche Voruntersuchung gegen Barmat, damit das Verfahren von oben nicht auch wieder plötzlich eingestellt werden könnte.“

Welch ein schwerer Einbruch in den Glauben an seinen richterlichen Beruf spricht aus diesen Worten, welches Mißtrauen gegen „oben“!

Im Frühjahr des Jahres 1925 wurde u. a. erst bekannt, daß der frühere preussische Ministerpräsident Paul Hirsch über das Berliner Bankhaus S. Bleichröder von Georg Scharz 50 000 Mark ausgezahlt bekommen hatte. Der amtliche Nachweis über die Verwendung dieses Geldes ist öffentlich nicht bekannt geworden.

Die Quittung über solche und ähnliche Zahlungen gehörten zum Küstzeug des Dr. Parvus-Gelband und der Scharzbrüder; sie besaßen damit die beste Sicherung vor dem Zugriff des Staatsanwalts und des Strafrichters:

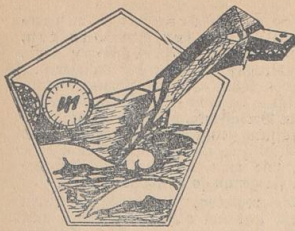
Man hat geschoben,

Wir haben's vertuscht und aufgehoben,

Was ist denn dabei?

Hat der Nebenbühler seinen Staatsanwalt richtig gesehen?

(Fortsetzung folgt in nächster Nr.)



Sturm der Jugend

Jugend von Heute — Volk von Morgen

Der Stolz nur kann uns tangen
Zum Labetrunk der Kraft.
Nur, wer auf fremde Augen
Und fremde Mäuler gafft!

Walter Flex.

Die empfindliche Republik.

„Die Republik ist in Gefahr“, wie Trompetenstöße brünstiger Elefanten wird dieser Jammerruf jetzt täglich in die Welt posaunt, um die „Verteidiger“ dieses Systems wach zu halten. Ueber zehn Jahre schon dauert diese „Gefahr“ und trotz aller Kräfteanstrengungen der „treuen Republikaner“ besteht sie angeblich heute noch. Das muß doch tiefere Gründe haben und es hat sie auch, denn die Republik als Staatsform eines deutschen Reiches ist keineswegs in Gefahr, wohl aber zerbricht dieses marxistisch-liberalistische System, dessen Machthaber die Staatsgewalt mißbrauchen an allen Ecken und Enden. Der Thron neubestrichener „Diktatoren“ im Weltanschauungsformat dankt: er soll gestürzt werden, damit die Vögel weiter an der Futtertrübe bleiben können. So liegen die Dinge und darum braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich immer weniger Leute finden, die auf das Strengegeheul hereinfallen.

Wodurch diese Republik angeblich alles „gefährdet“ sein soll, kann man gar nicht sagen; schon allein dadurch, daß in der Reichshauptstadt vier friedliche Bürger nebeneinander laufen — armes Schicksal! Aus der Unzahl „Gefahren“ die nach Ansicht der derzeitigen „Staatsgelehrten“ die Republik umbränden, wollen wir nur einige Vorfälle der letzten Zeit herausgreifen. Da ist ein kleines Dörfchen in der Neumark, das noch heute den Namen „Königlich Mees“ führt, weil der große Preußenkönig durch seine geniale Siedlungspolitik die Dörflichkeit löst. Das wundert einen kleinen neupreußischen Minister und flugs ergeht die Verfügung, den Ortsnamen wegen Gefährdung der Republik abzuändern. Oder da trug kürzlich in Duisburg ein nationalsozialistischer Zeitungserkäufer ein braunes Hemd unter dem Mantel. Flugs machte sich ein Polizeimajor auf den Weg und verfolgte den Zeitungshändler über eine Stunde lang, um ihn festzubekommen. Grund: Gefährdung der Republik. Man weiß tatsächlich nicht, wenn man mehr bedauern soll: den kleinen Polizeimajor ob seiner Rabidität oder die Republik, die sich durch solche Leute „schützen“ lassen muß. Zwei weitere Fälle wollen noch erwähnt sein, die besonders kläffend sind, weil sich hier die sogenannten Führer der „Intelligenz“ schützend vor diese Republik stellten. Der eine „Paladin“ ist der Vorkämpfer des Philosophischen Seminars der Universität Berlin, ein Herr Ziegenfuß, der es ablehnte, die äußerst sachliche Schrift des Jugendpfarrers Dr. Bienenle (Goldin), „Nationalsozialismus und Christentum“ in die Bibliothek des Seminars einzureihen, da es gegen seine Verantwortung als Beamter der deutschen Republik sei, derartige heftige Machwerke der Studentenschaft zugänglich zu machen. „Das Gegenstück zu diesem Pferde — Verzeihung — Ziegenfuß stellt der Gymnasialdirektor Neßke in Leipzig der kürzlich sämtliche Schüler der Sexta bis Oberprima zwei Jahre lang protokolliert (!) über ihre Gefinnung auszufragen suchte. — Diese Vorfälle sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der großen Zahl der „Gefahren“. Es wäre am besten, man gründete einen Verein zum Schutz der Republik. Vielleicht ist auch das Berliner Volksblatt bereit nun neuerdings „Mitter vom Schutz der Republik“ zu schlagen!

Vom Jungsozialisten zum Jungbanner.

Ein „Nachruf“.

Revolutionär sein heißt Charakter haben Den Sinn dieses Wortes hatten wenigstens die Begriffe, die sich um 1921 herum zur „Vereinigung der Jungsozialisten“ zusammenschlossen. Ihr Ziel war, diejenigen Jungarbeiter, die mit den Gedanken der Marx'schen Theorien aufgewachsen waren und sich vorgenommen hatten auch danach zu leben, möglichst vollständig zu erfassen.

Das war wenigstens etwas, wenigstens Konsequenz. Man muß ihnen lassen, daß sie folgerichtig ihr Leben gestalten wollten, wie es ihnen angeraten worden war. Sie hatten jedenfalls den Mut aus den alten ausgefahrenen Gleisen herauszufinden. Sie wollten etwas anderes sein, als ein Weltfisch des mit Brille und Bauch versehenen, auf die Vögel eingeschnittenen Genossen. Charakter hatten sie wenigstens.

Aber Charakter in der SPD ist vollkommen verfehlt. Den hätten sie woanders unterbringen müssen. Und das war ihr Verderben.

Es kam wie es kommen mußte. Der Parteischimmel bebte mit den Flanken, schaukelte zornig, hob bedächtig ein Bein und . . . teilte nach hinten aus. In Berlin war es. Da warf man sie aus dem Saal, als sie Ordnungsdienst machen wollten anstatt des Reichsbanners. Es gab eine solenne Holzerei, Genosse Wels hielt mal wieder eine Brandrede, und das Reichsbanner rüdte ein. Ausgerechnet die Prätorianer.

Ihr Traum war ausgeträumt, wie überhaupt Blühtentäume, die nicht von der Sonne der Vöngengunst beschienen werden recht kurz zu sein pflegen. — Jetzt mußten sich die „Jungsozialisten“ wieder auf den — ach so morschen — Boden der „Tatsachen“ stellen und sein gehorham hinter die Buchstaben des Dogmas vertrieben. Sie mußten hinein ins Reichsbanner, um sich gleich den anderen um den wackligen Staatsstuhl zu scharen, auf dem die Braun und Severing, Grzesinski und Bögel und wie sie alle heißen, ihre Wächlein pflegen. Das ist ihr Pech, daß sie nun die Reaktion schützen müssen, die sie erst selber stürzen wollten. Aber vielleicht merken sie das selbst garnicht.

Die staatsbehaltende Verfassungstreue hat wieder einmal den Sieg davon getragen. Hörtung triumphiert und lacht sich eins ins Häutchen. Uns kann das schließlich recht sein, denn der Reichsbannerkomiteeführer ist leichter zu besiegen, als der irregeleitete Revolutionär. Dieweil dieser denkt und jener nicht. — Janus.

Ihr deutschen Mädel!

„Das bloß harrende Hoffen ist nur das Hoffen der Doren. Man muß kämpfen um zu hoffen, wie man hoffen muß, um zu ertragen.“ Dieses Wort Schleiermachers soll uns zum raschen Handeln verhelfen. — So wie die Jungens in heller Begeisterung unter Hitlers Führen gehen, so müssen auch wir als Mädeln in die große Hitlerbewegung uns einliefern, um später ein großes Ganzes fertig zu sehen. Jedes Mädel, das bis ins innerste Deutsch ist im Denken und Handeln, muß, wenn auch Schwierigkeiten sich daraus ergeben, endlich den Weg zu uns finden. Kennen! Wie selbstverständlich das klingt. Und doch, wie wenig nur kann man diese Eigenschaft spüren, wenn man scharf beobachtet. Jeder muß die Motortheorien, die von drüben kommen und die unserem Lande doch so fremd sind, mitnehmen. Aber nicht nur äußerlich sondern auch innerlich vollzieht sich bei vielen Mädeln eine Wandlung. Als bestes und bezeichnendstes Beispiel — die Schminke! Du gibst dein wahres Wesen auf, um Larve sein zu können! Versuchst, den fremden Hauch von euch abzuschütteln und zeigt euch wieder als rechte deutsche Mädeln. Nehmt euch ein Beispiel an unserer Hitler-Jugend und S. U. Eiert diesen Jungens auf eure Art nach und werdet ebenfalls Kämpferinnen für den national-sozialistischen Gedanken! — Auch du, deutsches Mädel, gehörst zu uns in die Mädel-Gruppe der Hitler-Jugend. Komm zu uns. — Leni Schmidt.

Wir Bremer Mädel haben an jedem Freitag unseren Heimabend. Treffpunkt um 8 Uhr im Heim Simonstraße 25 II.

Schwesterenschaften der S. J. haben den Zweck, das deutsche Mädel dem Faschismus und der Nationalität zu entreißen. Sie sollen keine Debattierklubs oder Puffiervereine sein, sondern sie sollen das Mädeln wieder zum Denken und Nachdenken anregen, damit es wieder seine Sendung erkennt, und anstatt zur Modepuppe, zur „Dame“, zum Blaufrumpf oder aber auch zum bigotten, verpöhlerten Weibchen zu werden, wieder zur verstandenen und wissenden Frau heranwächst.

Wegen Gründung von Schwesterenschaften der S. J. legt euch mit der Gauleitung der S. J. Bremen, Simonstr. 25 II in Verbindung.

„Papa“ Linde hält Geschichtsstunde.

Wie schon so oft, so sprach auch am letzten Dienstag Baurat Linde zu der Hitler-Jugend. Auch die S. U. beteiligte sich an diesen Sprechabenden.

Wohl keiner versteht es besser, uns die Idee des Nationalsozialismus so tief in die Herzen zu schreiben wie unser „Papa Linde“. Er versteht es einzigartig, uns die politischen und kulturellen Fragen „auseinanderzupulsen“, jedoch uns die dringende Notwendigkeit und die heilige Aufgabe des Nationalsozialismus klar vor Augen liegt: Wir gebrauchen nicht diese blässen Tanzbambusfinglinge, die weiter nichts kennen als Wein, Weib und Gesang. Unsere Vorfahren waren andere Menschen — Kämpfer. Ihnen war erzählt worden, daß es ein Land gab, wo es keine Sturmflut gab, sondern wo den ganzen Tag die Sonne schien. — Und als dann wieder einmal die Wassermaßen Haus und Hof zerstört hatten, beschloßen sie, nach dem Süden zu ziehen. Mann, Weib und Kind brachen auf. Doch in diesem sagenhaft schönen Lande — Italien — wohnte schon ein Volk. Es waren die Römer. So kam es dann zur Entfesselungskrieg. Die Teutonen, Riesen von Gestalten, die Römer, geküßt und ausgerüstet. Die Waffenverhältnisse waren etwa derart zwischen Teutonen und Römern, als wenn ein europäisches Volk mit Maschinengewehren einen Negerstamm zusammenzuschleife. So mußten die Teutonen unterliegen. Sie konnten den anstürmenden Römern nicht standhalten. Sie banden sich mit Ketten aneinander, um dem Feinde eine lebende Mauer entgegenzusetzen. Doch auch das half nicht. Da sprangen in der höchsten Not die Frauen von den Bergen, ergriffen das Schwert, erschlugen ihre eigenen Kinder, damit sie nicht in die Knechtschaft der Feinde fielen. Die Frauen stellten

Achtung! — — Hochspannung!

Der fromme Kardinal.

Wenn Herr Kardinal Bertram in der „Germania“ uns zu Neujahr den schönen Satz bescheidet: „Sozialismus und Christentum betragen sich wie Feuer und Wasser“, dann hat er entweder von seinem eigenen Christentum gesprochen oder er hat das in einem Augenblick geistiger Linnachung getan. Oder hätte er vielleicht mit größerer Berechtigung sagen müssen: „Striche und Geldschad halten zusammen wie Pech und Schwefel?“

Seelenängste.

Wenn die Wirtschaftspartei um ihre Mandate bangt, kann man ihr das nicht verargen. Wenn sie es sich aber einfallen läßt, einen Antrag auf Erhöhung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre einzubringen, dann muß man ihr auf die Finger klopfen. Oder meint sie vielleicht, daß man politische Gedankengebäude nur aufzuführen kann, wenn sich genügend Kalk im Gehirn abgesetzt hat? Dann allerdings müßten wir, beiseite wie wir find, zugunsten der besseren Erkenntnis zurücktreten.

Ernstes Sorgen.

Wenn in den „Bremer Nachrichten“ vom 13. 1. 31. ein Mensch schreibt: Die Besucher waren fast einheitlich in Beistimmung erschienen, ein in Bremen leider allzu seltener Anblick. Eigentlich sollte jeder bedeutende Theaterabend sich auch im Zuschauerraum durch ein entsprechendes Gesamtbild ausprägen, wie es in anderen Großstädten der Fall ist. Am Sonnabendabend sah man im Bremer Stadttheater einmal elegante Toiletten und schöne Frauen in erregter Stimmung.

Dann können wir nur sagen: Ihre Sorgen und Ihr Geld möchten wir haben, Herr Verfasser!

Sie kommt, sie kommt.

Wer denn? Die Beförderung natürlich! — Wenn man liest: Die in Wendung (Schwaben) anfangige Zimmermannsweibchen Reinhold schenkte in diesen Tagen dem 26. Kind das Leben. Die glückliche Mutter erhielt vom Bezirksamt 25 Mark Unterstützung überweisen.

dann muß man einfach daran glauben. Gott, wird diese Mutter über das Geschehen glücklich gewesen sein. Die Weisner Porzellan Tafel „mit Widmung“ wird sie wohl schon hinter sich haben. Bei solcher Unterstützung muß ja einfach alles gut werden.

In der S. J. marschieren:
der Jungarbeiter, der Bauernsohn, der Schüler, der Lehrling, in einem Wort, die deutsche Jugend. Wann marschierst du mit ???

ten sich dann neben ihre sterbenden Männer und starben ebenso tapfer kämpfend wie die Männer. Die Römer siegten mit Waffen, aber moralisch siegten die Teutonen. Noch lange erzählten römische Soldaten von kämpfenden Frauen, vom „Aurorae teutonicae“.

Und heute. — Stellt euch mal so einen Mädeljüngling und Lauffen mit einem Schwerte vor. Stellt euch doch mal so ein artiges, geschminktes und gepudertes Mädelchen neben ihrem Manne kämpfend vor, das sonst vor einer Maus wegreint! Seht liebe Jungens, so tief sind wir gesunken. Deutsche Kultur, germanische Sittlichkeit, germanisches Selbstgefühl gibts nicht mehr. Dodo: Wo die Not am größten, ist Gott am nächsten. Gott hat einen Mann gerufen, der eine Bewegung schuf, welche die hohe Aufgabe hat, unser deutsches Volk auf ein moralisch, kulturell und sittlich höheres Niveau zu stellen. Und dieser Mann ist Adolf Hitler. Gott hat ihn uns gegeben. Und so werden wir im kranken Land, der Arbeiter neben dem Studenten, neben dem Handwerker, Bauer und Kaufmann, Schüler an Schulter mit Gottes Hilfe, die blutrote Fahnenfahne vor uns her flatternd dem Ziele entgegengehen. Wir schaffen.

Bekanntmachungen.

Achtung.

Die zur Uniform gehörigen schwarzen Halstücher mit gestricheltem Vorderrand jetzt wieder lieferbar.

Preis pro Stück: RM. 1.10.
Vorauszahlung! Bei Abnahme von 5 Tüchern
postfrei — Bestellungen an den
Gauschaffmeister.

Schaukästen.

Die Schaukästen in den einzelnen Orten müssen ca. 40 mal 60 cm. groß sein, jedoch können diese Maße je nach den örtlichen Platz- und Befestigungsverhältnissen etwas geändert werden. — Die äußere Aufmachung ist einheitlich zu gestalten. Farbe rot, auf der oberen Abschlussseite das Abzeichen in der Mitte angebracht, links davon „Hitlerjugend“, rechts der Name der Ortsgruppe, darunter „Deutsche Arbeiterjugend“.

Gaupropagandawart.